

Währungspläne für den europäischen Großraum Die Diskussion der nationalsozialistischen Wirtschaftsexperten über ein zukünftiges europäisches Zahlungssystem

1. Einleitung

Als sich der Sieg der Wehrmacht gegen die französische Armee im Mai/Juni 1940 abzuzeichnen begann, setzte eine der euphorischsten Phasen der deutschen wirtschaftspolitischen Nachkriegsplanungen ein. Siegestrunken vom unerwartet schnellen Erfolg gegen den – laut militärischen Prognosen – stärksten Gegner auf dem europäischen Kontinent, legten wichtige Machtgruppen ihre Pläne für die von ihnen anvisierte Ordnung in Europa dar. Taktangebend waren einige zentrale Reichsbehörden sowie die Interessenvertretungen der deutschen Wirtschaft und die großen Konzerne selbst. Intern formulierten sie ihre Ziele in aller Deutlichkeit. Deshalb bilden gerade die geheimen Denkschriften, Memoranden und Besprechungsaufzeichnungen der Neuordnungsplanung des Jahres 1940 einen der bedeutendsten Quellenbestände, um eine Vorstellung von den Zielsetzungen der verschiedenen Machtgruppen im nationalsozialistischen Deutschland zu bekommen.

Der Schwerpunkt des Aufsatzes liegt auf der Darstellung der Diskussion um die zukünftige Währungspolitik, die eine zentrale Rolle bei der geplanten Neuordnung Europas spielte. Innerhalb des Deutschen Reiches standen hinsichtlich des angestrebten Zahlungssystems für das beherrschte Europa zwei unterschiedliche Konzeptionen im Raum. Ein maßgeblich vom Auswärtigen Amt getragener Vorschlag propagierte, die im Jahre 1940 besetzten Gebiete durch Währungsunionen wirtschaftlich eng ans Reich zu binden. Auf der anderen Seite stimmten das Reichswirtschaftsministerium und die Reichsbank entschieden gegen eine Einführung der Reichsmark in den besetzten Ländern. Sie forderten statt dessen den Ausbau des seit 1933 mit zunehmenden Erfolg erprobten Clearingsystems, für das die Erhaltung eigenständiger Währungen von zentraler Bedeutung war.

Den zeitgenössischen Kommentatoren der nationalsozialistischen Neuen Ordnung war die große Bedeutung des Währungs- und Zahlungssystems innerhalb der Planungen bewußt. So schrieb der wohl einflußreichste Wirtschaftstheoretiker der Zeit, John Maynard Keynes, 1940: »The most definite of the German plans, so far, is the currency scheme of Dr. Funk.«¹ Zudem merkte er an: »If Funk's plan is taken at

¹ John Maynard Keynes, Proposal to counter the German »New Order«, 1.12.1940, in: Donald Moggridge (Hg.), The collected writings of John Maynard Keynes; Vol. XXV: Activities 1940-1944, London 1980, S. 7-16, hier: S. 12. – Der folgende Aufsatz ist im wesentlichen eine Zusammenfassung der Ergebnisse meiner Magisterarbeit, die im Mai 2000 mit dem Titel »Neuordnungsplanung 1940/41. Die Diskussion um die Schaffung eines europäischen Großwirtschaftsraums unter besonderer Berücksichtigung der Beiträge der Abteilung »Vorbereitung und Ordnung« (VO) im Reichswirtschaftsministerium« bei der Universität Bremen eingereicht wurde.

its face value, it is excellent and just what we ourselves ought to be thinking of doing.«² Keynes erkannte schon 1940 den innovativen Charakter des mit dem Namen des Reichswirtschaftsministers Walther Funk verbundenen Clearingsystems, durch das die Nationalsozialisten den Zahlungsverkehr in Europa zu steuern gedachten. Er übernahm später wesentliche Bestandteile des Konzeptes in seine Überlegungen, die für die britischen Nachkriegsplanungen von enormer Bedeutung waren.³

Die Erkenntnis, daß Währungsfragen innerhalb der Neuordnungsplanung eine zentrale Rolle spielten und Teile des nationalsozialistischen Währungskonzeptes zur Beherrschung Europas in die Nachkriegsplanungen der Alliierten Einzug hielten, ging jedoch in der Nachkriegsforschung weitgehend verloren. Dies dürfte unter anderem daran liegen, daß die Forschung über die Neuordnungsplanung lange Zeit eine Domäne der marxistisch orientierten DDR-Historiker war.⁴ Deren vorrangiges Interesse galt den Plänen der Privatwirtschaft.⁵ Darüber hinaus jedoch fristeten Fragen der Währung auch in der marxistischen Wirtschaftswissenschaft eher ein Randdasein. Demgegenüber betonte der bundesdeutsche Wirtschaftswissenschaftler Ernst Wagemann, daß »währungspolitische Fragen [...] das Kernstück der Volkswirt-

- 2 John Maynard Keynes, Letter to Harold Nicolson v. 20.II.1940, in: Ebd., S. 1-3, hier: S. 2.
- 3 Vgl. Karl Heinz Roth, Vernichtung und Entwicklung. Die nazistische »Neuordnung« und Bretton Woods, in: Mitteilungen der Dokumentationsstelle zur NS-Sozialpolitik 4 (1985), S. 1-44, hier: S. 3 f. u. 16.
- 4 Die bundesdeutsche Forschung nahm weitgehend erst in den 1980er Jahren die Archivmaterialien und die DDR-Forschung zur Neuordnungsplanung zur Kenntnis. In den bis heute erschienenen Arbeiten werden zumeist einige Ergebnisse der Währungsdiskussion richtig wiedergegeben, doch wurden bisher nicht die unterschiedlichen Pläne den unterschiedlichen Fraktionen innerhalb Deutschlands zugeordnet, und die große Bedeutung der Währungspläne wurde außer Acht gelassen. Vgl. zum Beispiel Ludolf Herbst, Der Totale Krieg und die Ordnung der Wirtschaft. Die Kriegswirtschaft im Spannungsfeld von Politik, Ideologie und Propaganda 1939-1945, Stuttgart 1982, S. 127-167; Hans Umbreit, Auf dem Weg zur Kontinentalherrschaft, in: Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg; Bd. 5: Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Erster Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1939-1941, Stuttgart 1988, S. 3-347, bes.: S. 210-264; Richard J. Overy, The Economy of the German »New Order«, in: Ders., Gerhard Otto/Johannes Houwink ten Cate (Hg.), Die »Neuordnung« Europas. NS-Wirtschaftspolitik in den besetzten Gebieten, Berlin 1997, S. 11-28. Von Bedeutung ist des weiteren eine ältere Dissertation aus der Schweiz. Vgl. Jean Freymond, Le IIIème Reich et la réorganisation économique de l'Europe 1940-1942. Origines et Projets, Leiden/Genf 1974.
- 5 Vgl. dazu vor allem die ansonsten auch heute noch grundlegenden Arbeiten und Editionen von Dietrich Eichholtz und Wolfgang Schumann von denen nur die wichtigsten genannt seien: Dietrich Eichholtz, Die IG-Farben-»Friedensplanung«. Schlüsseldokumente der faschistischen »Neuordnung des europäischen Großraums«, in: Jahrbuch für Wirtschaftsgeschichte 3 (1966), S. 271-332; ders., Geschichte der deutschen Kriegswirtschaft; Bd. 1: 1939-1941, Berlin (Ost) 1969; Wolfgang Schumann, Das Kriegsprogramm des Zeiss-Konzerns. Ein Beitrag zum Problem des staatsmonopolistischen Kapitalismus und der faschistischen Politik der »Neuordnung« Europas und Ostasiens während des zweiten Weltkrieges, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft 4 (1963), S. 704-723; ders., Das Scheitern einer Zoll- und Währungsunion zwischen dem faschistischen Deutschland und Dänemark, in: Jahrbuch für Geschichte 9 (1973), S. 515-566.

schaftslehre bilden.«⁶ Doch die Währungspolitik ist nicht nur für die Theorie von Bedeutung, sondern sie ist auch die wichtigste Schnittstelle zwischen ökonomischer und politischer Macht, woraus sich ihre besondere Rolle bei Annexions- und Anschlußplanungen ergibt.⁷ Aber auch für den Außenhandel und die *terms of trade* sind Fragen der Währung und insbesondere des Außenkurses der Währung von kaum zu überschätzender Bedeutung. Ein zentrales Moment der zu erörternden Verfahren bildet die Möglichkeit, Handelswaren anderer Länder durch die Überbewertung der eigenen Währung kostengünstig zu erhalten. Vorteilhaft ist das Vorgehen aber nur, wenn die im Gegenzug teurer werdenden eigenen Waren trotzdem abgesetzt werden können oder die durch den geringeren Export entstehenden Schulden nicht gezahlt werden müssen. Beide Bedingungen konnten vom nationalsozialistischen Deutschland teilweise gegenüber anderen Länder durchgesetzt werden, wodurch es gelang, über währungspolitische Manipulationen Gütergewinne zu erzielen.

Im Folgenden wird zuerst ein kurzer Überblick der wichtigsten währungspolitischen Weichenstellungen seit 1930 gegeben, die zum Verständnis der Neuordnungsdebatten wesentlich sind. Anschließend wird der Verlauf der Entscheidungsfindung hinsichtlich der zu ergreifenden Währungspolitik gegenüber den besetzten Gebieten im Sommer 1940 analysiert.⁸ Zum Schluß sind die gewonnenen Erkenntnisse in den Gesamtkontext der Planungen des Jahres 1940 zu stellen und zu prüfen, welche möglichen Modifizierungen sich aus den Ergebnissen gegenüber der bisherigen Forschung ergeben.

2. Südosteuropa als Experimentierfeld

Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise nahm die Regierung Brüning eine grundsätzliche Wende in der deutschen Wirtschaftspolitik und die »Auflösung der deutsch-amerikanischen »Achse«⁹ vor. Im Konsens mit der deutschen Wirtschaftselite begann die Abkehr Deutschlands von der Weltwirtschaft und insbesondere von den USA. Das nationale Interesse rückte sukzessive in den Mittelpunkt des neuen Kurses. Die geographische Lage im Zentrum des europäischen Kontinents legitimierte dabei propagandistisch das Bestreben nach einem Großwirtschaftsraum unter deutscher

- 6 Ernst Wagemann, Wagen Wägen Wirtschaften. Erprobte Faustregeln – Neue Wege, Hamburg 1954, S. 169. Auch wenn diese Aussage unter Wirtschaftswissenschaftlern umstritten bleiben wird, zitiere ich sie, weil der Autor, Ernst Wagemann, während des »Dritten Reiches« Leiter des Instituts für Konjunkturforschung war und selbst Vorschläge zur Neuordnungsplanung beitrug.
- 7 Vgl. Karl Heinz Roth, Anschließen, angleichen, abwickeln. Die westdeutschen Planungen zur Übernahme der DDR 1952-1990, Hamburg 2000, S. 62, sowie generell Jörg Roesler, Der Anschluß von Staaten in der Geschichte. Eine Untersuchung aus aktuellem Anlaß, Frankfurt am Main 1999.
- 8 Dabei betrachte ich auch Frankreich und Dänemark als besetzte Gebiete, obwohl sie im NS-Jargon nicht als solche galten.
- 9 Gilbert Ziebura, Weltwirtschaft und Weltpolitik 1922/24-1931. Zwischen Rekonstruktion und Zusammenbruch, Frankfurt am Main 1984, S. 157.

Führung. Im Rahmen der Kursänderung erfolgte die zunehmende Wendung des deutschen außenwirtschaftlichen Interesses auf den europäischen Kontinent und insbesondere auf Südosteuropa. Zudem kam es zu einer Veränderung der Methoden der Außenwirtschaft, die sich zunehmend von den Methoden des liberalen Handelsverkehrs entfernten und mit den Stichworten Devisenbewirtschaftung, Bilateralismus, Importlenkung und Exportförderung zusammengefaßt werden können.¹⁰

In der frühen Phase der nationalsozialistischen Herrschaft wurden diese Prinzipien weitgehend beibehalten und im Rahmen der Kriegsvorbereitung radikalisiert. Die beiden zentralen Etappen waren der 1934 ins Leben gerufene Neue Plan von Reichswirtschaftsminister Hjalmar Schacht, der die neue Außenwirtschaftspolitik zu einem ausgeklügelten System bündelte, und die Verkündung des Vierjahresplanes 1936, der zur endgültigen Unterstellung der Außenwirtschaftspolitik unter die Kriegsvorbereitung führte.¹¹ Die für die deutsche Außenwirtschaftspolitik bedeutendste Entscheidung war, daß Schacht und die NS-Führung beschlossen - wie zuvor Brüning - nicht den internationalen Währungsabwertungen seit der Weltwirtschaftskrise zu folgen und die Reichsmark international überbewertet zu lassen; eine Entscheidung, die bis 1945 nicht revidiert wurde. Dadurch waren deutsche Exportwaren international überbeuert und ohne staatliche Subventionen auf dem Weltmarkt nicht konkurrenzfähig. Gegenüber den westlichen Gläubigerländern erwies sich diese Politik, verknüpft mit der deutschen Weigerung, Schulden abzuführen, als wenig erfolgreich. Da Deutschland nicht in der Lage war, politischen Druck auf diese Länder auszuüben, behielten zum Beispiel die Niederlande einen Teil des Wertes der deutschen Warenlieferungen zur Schuldentrückzahlung ein, und nur ein Teil wurde in Form von Rohstoffen, die für die deutsche Rüstung dringlich waren, zurückgezahlt. So war der wesentliche Vorteil für Deutschland nur eine Verlangsamung der Schuldentrückzahlung, und insgesamt wurde das Verfahren gegenüber den westlichen Ländern bis Kriegsausbruch von den Experten als wenig vorteilhaft bewertet.¹²

Als erfolgreicher erwies sich die neue Außenhandelspolitik gegenüber Südosteuropa¹³ und Lateinamerika¹⁴. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise waren die südosteuropä-

10 Vgl. Eckart Teichert, Autarkie und Großraumwirtschaft in Deutschland 1930-1939. Außenwirtschaftliche Konzeptionen zwischen Wirtschaftskrise und Zweitem Weltkrieg, München 1984.

11 Vgl. zur deutschen Außenwirtschaftspolitik von 1933-1939: Joachim Radkau, Entscheidungsprozesse und Entscheidungsdefizite in der deutschen Außenwirtschaftspolitik 1933-1940, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 33-65; Teichert, Autarkie (wie Anm. 10); Dörte Doering, Deutsche Außenwirtschaftspolitik 1933-1935. Die Gleichschaltung der Außenwirtschaft in der Frühphase des nationalsozialistischen Regimes, Berlin 1969.

12 Vgl. zum Beispiel die Reichsbank-Denkschrift »Die Entwicklung des europäischen Verrechnungsverkehrs« v. September 1940, in: Bundesarchiv (BA) Berlin, R 2501/7017.

13 Zur Handelspolitik in Südosteuropa vgl. Hans-Jürgen Schröder, Deutsche Südosteuropapolitik 1929-1936. Zur Kontinuität deutscher Außenpolitik in der Weltwirtschaftskrise, in: Geschichte und Gesellschaft 2 (1976), S. 5-32; Bernd-Jürgen Wendt, Südosteuropa in der nationalsozialistischen Großraumwirtschaft. Eine Antwort auf Alan S. Milward, in: Gerhard Hirschfeld/Lothar Kettenacker (Hg.), Der »Führerstaat«: Mythos und Realität. Studien zur Struktur und Politik des Dritten Reiches, Stuttgart 1981, S. 414-427; Holm Sundhaussen,

schen Länder schnell an den Rand ihrer Zahlungsfähigkeit gelangt. Um den völligen Ausverkauf des Landes zu verhindern, ordnete Ungarn am 23. Dezember 1931 als erster Staat ein absolutes Transfermoratorium an. Das hieß, daß sich die ungarische Regierung vorerst weigerte, ihre Schulden zu bezahlen. Diesem Beispiel folgten bald weitere südosteuropäische Länder. Um ihre Kredite zu sichern, griffen die Geberländer zum Zwangsclearing: Den südosteuropäischen Ländern wurden keine Lieferungen ohne Gegenlieferung mehr zugestanden, und ein Teil der südosteuropäischen Lieferungen wurde zum Schuldenabgleich benutzt. Für Deutschland war das Zwangs-clearing - ebenso wie für die anderen westlichen Länder - zu diesem Zeitpunkt eine defensive Maßnahme zur Sicherung der eigenen Kredite. Parallel dazu begannen Kreise der deutschen Industrie, insbesondere der Mitteleuropäische Wirtschaftstag,¹⁵ sich mit der Frage zu beschäftigen, wie man Südosteuropa in stärkerem Maße als gesicherten Markt gewinnen könnte.

Bald wurde den deutschen Handels- und Finanzspezialisten bewußt, daß das ehemals defensive Clearing-Konzept zu einem System ausgebaut werden könnte, welches sich zum Vorteil Deutschlands auswirkt.¹⁶ Die Überlegungen fanden systematischen Ausdruck im »Neuen Plan« von Schacht. Im Hinblick auf Südosteuropa besaß der Neue Plan besondere Bedeutung. Deutschland blieb dabei, mit den südosteuropäischen Ländern den Handel über bilaterale Clearingkonten zu verrechnen. Wenn zum Beispiel Ungarn mehr Güter nach Deutschland exportierte als umgekehrt, wurde die Differenz nicht mehr mittels einer Geldzahlung ausgeglichen, sondern durch den verstärkten Export deutscher Waren nach Ungarn. Um die Länder Südosteuropas enger an sich zu binden, ging man im Rahmen dieses Systems nun dazu über, große Teile des südosteuropäischen Exports zu über den Weltmarktpreisen liegenden Beträgen aufzukaufen. Deutschland kaufte insbesondere südosteuropäisches Getreide in

Wirtschaftsgeschichte Kroatiens im nationalsozialistischen Großraum 1941-1945. Das Scheitern einer Ausbeutungsstrategie, Stuttgart 1983.

14 Zur Handelspolitik in Lateinamerika immer noch am informativsten Hans-Jürgen Schröder, Die Vereinigten Staaten und die nationalsozialistische Handelspolitik gegenüber Lateinamerika 1937/38, in: Jahrbuch für Geschichte von Staat, Wirtschaft und Gesellschaft Lateinamerikas 7 (1970), S. 309-370, sowie ders., Das Dritte Reich, die USA und Lateinamerika 1933-1941, in: Manfred Funke (Hg.), Hitler, Deutschland und die Mächte. Materialien zur Außenpolitik des Dritten Reiches, Stuttgart 1976, S. 339-364. Den deutschen Handelsspezialisten gelang es mit ihren neuen Währungs- und Handelsmechanismen Ende der 1930er Jahre den USA erhebliche Anteile am Handel in Lateinamerika streitig zu machen. Dies führte zu einer Untersuchung der »innovativen« deutschen Methoden durch US-Stellen und zum Teil zu deren Übernahme; ein Umstand der bis heute weitgehend unerforscht ist.

15 Vgl. Martin Seckendorf, Entwicklungshilfeorganisation oder Generalstab des deutschen Kapitals? Bedeutung und Grenzen des Mitteleuropäischen Wirtschaftstages, in: 1999. Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts 8 (1993), H. 3, S. 10-33.

16 Karl Heinz Roth schreibt das Verdienst dieser Entdeckung dem Hamburger Außenhandelspezialisten Kurt Kroymann zu: Karl Heinz Roth, Ökonomie und politische Macht: Die »Fima Hamburg« 1930-1945, in: Angelika Ebbinghaus/Karsten Linne (Hg.), Kein abgeschlossenes Kapitel. Hamburg im »Dritten Reich«, Hamburg 1997, S. 15-176, hier: S. 34.

solchen Mengen auf, daß diese weit über den Eigenbedarf hinausgingen. Die überschüssigen Getreidemengen verkaufte man auf dem Weltmarkt zu besonders günstigen Konditionen. So erlitt man zwar Verluste, sorgte aber gleichzeitig dafür, daß andere Balkanexporteure, die nicht nach Deutschland verkaufen wollten, auf dem Weltmarkt nicht länger konkurrenzfähig waren. Aufgrund dieser strategischen Maßnahmen gelang es, die Landwirtschaft der südosteuropäischen Länder zunehmend an den deutschen Markt zu binden. Durch die großen Mengen und die hohen Preise der importierten Güter entstanden auf den bilateralen Konten erhebliche Guthaben zugunsten der südosteuropäischen Länder. Wollten die Länder Deutschland nicht unendlich Kredit einräumen, so blieb ihnen nur die Möglichkeit, in verstärktem Maße dort einzukaufen. Da sie gezwungen waren, zu importieren, konnte man ihnen veraltete Waren zu hohen Preisen verkaufen, die auf dem Weltmarkt als nicht mehr konkurrenzfähig galten.¹⁷

Um diese Politik in einem für Deutschland günstigen Sinne betreiben zu können, setzte man – im Gegensatz zu den anderen westlichen Nationen – auf die Strategie der Überbewertung der eigenen Währung. Die deutsche Kaufkraft, stieg und aufgrund des Clearingmechanismus waren die südosteuropäischen Länder gezwungen, ihre Waren über Deutschland zu beziehen, auch wenn sie über dem Weltmarktpreis gehandelt wurden. Allerdings muß angemerkt werden, daß der Hauptvorteil des Systems nicht in der Realisierung kurzfristiger ökonomischer Gewinne lag, sondern in den langfristig zu erwartenden politischen und ökonomischen Gewinnen, die eine verstärkte Abhängigkeit der anderen Länder mit sich brachte. So gelang es, einen immer größeren Anteil am Außenhandel der südosteuropäischen Länder zu besetzen und eine zunehmende politische Abhängigkeit aufzubauen.¹⁸ Der Autor der grundlegendsten zeitgenössischen Studie über die deutsche Wirtschaftspolitik in Südosteuropa, Howard S. Ellis, faßte seine Erkenntnisse wie folgt zusammen:

»I am inclined to believe that the political and economic powers of the National Socialist state would regard the nice calculations of economic pro's and con's with ironical amusement, knowing full well their complete irrelevancy. Even if the case were conclusive to these authorities that exchange control entailed net economic losses, it would have been retained. [...] The institution persisted because it was an instrument par excellence of political power – political power not only over the states but equally significant over vested economic interests within the country. The National Socialist state developed this totalitarian instrument to one of its most formidable weapons.«¹⁹

17 Bernd-Jürgen Wendt nennt beispielsweise die hohen Preise für veraltete Rüstungsmaterialien, die nach Bulgarien exportiert wurden. Vgl. Wendt, Südosteuropa (wie Anm. 13), S. 419.

18 Die Versuche südosteuropäischer Politiker, sich aus der deutschen Umklammerung zu befreien, scheiterten zumeist. Die wesentlichen Gründe hierfür waren, daß weder England noch Frankreich bereit waren, von ihrer Politik abzugehen, ausschließlich zu Weltmarktpreisen zu kaufen und daß die Bauern in den südosteuropäischen Ländern den Großteil der Wähler stellten und diese mit der deutschen Hochpreispolitik zufrieden waren.

19 Howard S. Ellis, *Exchange Control In Central Europe*, Cambridge 1941, S. 289. Den von Ellis bemerkten Fehler, die NS-Strategie ausschließlich an direktem ökonomischen Gewinn zu

Dieser bedeutenden Waffe bedienten sich die deutschen Handelsexperten, nachdem sie strategisch wichtige Teile Europas militärisch in die Hand bekommen hatten. Doch zunächst soll ein kurzer Überblick zum unterschiedlichen währungspolitischen Umgang mit den eroberten Gebieten bis zum Sommer 1940 gegeben werden, da die gewonnenen Erfahrungen zum Teil prägend für die Einstellung bestimmter Akteure und Gruppen in der späteren Diskussion waren.

3. Eroberung und Währungspolitik

Das erste Land, welches in deutsche Hände fiel, war Österreich. Dort entschloß man sich aufgrund der politischen Zielsetzung, die ein sofortiges Aufgehen des Landes im Deutschen Reich vorsah, die Reichsmark schnellstmöglich einzuführen. Dafür wurde ein Wechselkurs von 1 Schilling = 0,47 Reichsmark festgelegt.²⁰ Der gewählte Kurs entsprach einer dreißigprozentigen Aufwertung des Schillings gegenüber dem letzten amtlichen Kurs.²¹ Die Aufwertung des Schillings hatte für die Bürger Österreichs den Vorteil, daß die Sparguthaben aufgewertet wurden und die Löhne sofort mit den Preisen stiegen. Für die österreichische Wirtschaft hatte die Aufwertung negative Folgen. Sie führte dazu, daß sich die österreichischen Waren im Ausland verteuerten und

messen, begingen viele zeitgenössische Freihandelstheoretiker und später in Anlehnung an sie. Alan S. Milward. Milward ging in seiner ökonomistischen Betrachtung soweit, zu behaupten, daß die südosteuropäischen Länder Deutschland ausgebeutet hätten; vgl. Alan S. Milward, *The Reichsmark Bloc and the International Economy*, in: Hirschfeld/Kettenacker, *Der Führerstaat* (wie Anm. 13), S. 377-413. Der Kritik von Wendt, *Südosteuropa* (wie Anm. 13) an Milward ist noch hinzuzufügen, daß ein Blick auf die Quellen zur Neuordnungsplanung schnell deutlich macht, daß die deutschen Spezialisten mit ihrer Politik in Südosteuropa hochzufrieden waren, während sich die Südosteuropäer lange Zeit bemühten, den deutschen Zugriff zu lockern. Vgl. des weiteren hierzu, wenn auch stark propagandistisch motiviert, Paul Einzig, *Bloodless Invasion. German Economic Penetration into the Danubian States and the Balkans*, London 1938. Zur britischen Rezeption des deutschen Vorgehens vgl. Bernd-Jürgen Wendt, *Economic Appeasement. Handel und Finanz in der britischen Deutschland-Politik 1933-1939*, Düsseldorf 1971.

20 Vgl. Karl Stuhlpfarrer, *Der deutsche Plan einer Währungsunion mit Österreich*, in: *Anschluß 1938. Protokoll eines Symposiums in Wien vom 14./15.3.1978*, München 1981, S. 271-294; Hans Kehrl, *Krisenmanager im Dritten Reich. 6 Jahre Frieden – 6 Jahre Krieg. Erinnerungen*, Düsseldorf 1973, S. 118-138; Karl Heinz Roth, *Krieg vor dem Krieg: Die Annexion Österreichs und die Zerschlagung der Tschechoslowakei 1938/39*, in 1999, *Zeitschrift für Sozialgeschichte des 20. und 21. Jahrhunderts* 16 (2001), H. 1, S. 14-48. Wie bedeutsam die Kursfrage war, erkennt man unter anderem an der Tatsache, daß sie in der Kabinettsitzung, die sich mit der Eingliederung Österreichs ins Deutsche Reich beschäftigte, der erste Programmpunkt der Tagesordnung war.

21 Die treibende Kraft hinter dieser Aufwertungspolitik war die Göringsche Vierjahresplanbehörde, die jedoch in ihren Plänen von den meisten Ministerien unterstützt wurde. Stärkster Opponent war Reichswirtschaftsminister Schacht, der bei der Durchsetzung der Pläne eine zunehmende Konkurrenzunfähigkeit und einen Ausverkauf der österreichischen Industrie befürchtete.

oftmals ihre Konkurrenzfähigkeit einbüßten. Zusätzlich drängten deutsche Waren ungehindert auf den österreichischen Markt, die durch die Währungsrelation einen preismäßigen Vorteil gegenüber den österreichischen Produkten hatten. Insgesamt schwächte der gewählte Umrechnungskurs die Marktposition der österreichischen Wirtschaft erheblich: Viele Industriebetriebe wurden ein leichtes Opfer der kapitalstarken und kaufwilligen Konkurrenz aus dem »Altreich«.

Eine ähnliche Politik verfolgte die erneut federführende Vierjahresplanbehörde bei der in mehreren Schritten verlaufenden Aufteilung der Tschechoslowakei. Das Sudetenland wurde dem Reich – ähnlich wie Österreich – sofort einverleibt. Die infolgedessen aus dem Verkehr gezogene tschechische Krone wurde um 35 Prozent überbewertet.²² Der gleiche Wechselkurs wurde für die aus der Zergliederung der »Rest-Tschechoslowakei« entstandenen Gebilde, dem »Protektorat Böhmen und Mähren« und dem Satellitenstaat Slowakei, veranschlagt. Im Protektorat wurde die Reichsmark neben der im Zahlungsverkehr belassenen Krone zum offiziellen Zahlungsmittel. Während die Devisengrenze auf diese Weise sofort abgeschafft wurde, blieben die Zollgrenzen noch eine Zeitlang bestehen. Die Zollunion mit dem Protektorat wurde erst am 1. Oktober 1940 vollzogen. Außer der Festlegung des Wechselkurses blieb das weitere wirtschaftspolitische Vorgehen gegenüber der Slowakei zunächst in der Schwebe und wurde in der Auseinandersetzung über die Neuordnung im Sommer 1940 erneut zum Thema.

Ebenfalls von Bedeutung waren die Erfahrungen, die insbesondere die Reichsbank im besetzten polnischen Gebiet machte. Vom Oberbefehlshaber des Heeres wurde die Reichsmark am 11. September 1939 neben dem polnischen Zloty als offizielle Währung eingeführt. Das Vorgehen führte jedoch zu einer Ausweitung des Umlaufs deutscher Geldnoten über das innerhalb künftiger Reichsgrenzen liegende Gebiet hinaus. Die Reichsbank befürchtete inflationäre Rückwirkungen und eine Belastung ihres Status.²³ Aus diesen Gründen entschlossen sich die deutschen Stellen innerhalb kürzester Zeit, die Reichsmark in den nicht mit hundertprozentiger Sicherheit in das Reich zur Eingliederung vorgesehenen polnischen Gebieten wieder aus dem Verkehr zu ziehen. Für das restliche polnische Gebiet unter deutscher Besatzung wurde der Einsatz von Reichskreditkassenscheine entschieden. Die Scheine waren ursprünglich zum Einsatz im Reich selbst vorgesehen.²⁴ Da die Ausgabe im Reich unterblieb, konnten sie nun in den außerhalb der neuen Reichsgrenzen verbleibenden polnischen Gebieten als Zahlungsmittel eingeführt werden, während sie im deutschen Inland nicht als solches anerkannt waren. Somit wurden inflatorische Rückwirkungen effizienter ausgeschaltet, als es bei der Einführung der Reichsmark der Fall war.²⁵

22 Vgl. Roth, Krieg (wie Anm. 20), S. 30–35; Kehrl, Krisenmanager (wie Anm. 20), S. 156–170.

23 Vgl. Manfred Oertel, Über die Reichsbank im zweiten Weltkrieg, Rostock 1979 (Diss. Uni Rostock), S. 68, sowie Max Kretschmann, Reichskreditkassenscheine als Truppengeld, in: Die Bank, Jg. 1940, S. 584–587, hier: S. 584.

24 Vgl. Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 69, sowie Kretschmann, Reichskreditkassenscheine (wie Anm. 23), S. 584.

25 Vgl. ebd., S. 587.

Nach Beendigung der Kampfhandlungen wurden auch Westpreußen und das sogenannte Wartheland in das Reichsgebiet einverleibt. Dort wurden die eingerichteten Reichskreditkassen in Reichsbankstellen umgewandelt und die Reichsmark als Zahlungsmittel eingeführt. Czeslaw Madajczyk kommt zu dem Ergebnis, daß der hier gewählte Wechselkurs eine leichte Überbewertung der Reichsmark bedeutete. Hier wurde also eine andere Politik als bei den zuvor eingegliederten Gebieten betrieben.²⁶ Das restliche besetzte polnische Gebiet (»Generalgouvernement«) wurde Generalgouverneur Hans Frank unterstellt und nicht ins deutsche Währungsgebiet einbezogen. Der Zloty blieb das Hauptzahlungsmittel, allerdings wurden neue Noten ausgegeben, die zwar den Namen »Zloty« behielten, aber anders aussahen als die alten Noten. Die Reichskreditkassenscheine wurden allmählich aus dem Verkehr gezogen, blieben aber vorerst offizielles Zahlungsmittel.²⁷ Die zu der Zeit im Exil in London verweilende Direktion der Bank Polski wurde von den deutschen Besatzern zwar als Repräsentant des polnischen Emissionsinstituts anerkannt, die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit im Generalgouvernement wurde ihr allerdings nicht gestattet.²⁸ Statt dessen gründeten die deutschen Behörden ein neues polnisches Emissionsinstitut für das Generalgouvernement. Man entschied sich, die Abhängigkeit des polnischen Instituts von der Reichsbank nicht schriftlich zu fixieren, sondern einen deutschen Kommissar beizuordnen, der rein rechtlich kaum Einfluß hatte, de facto aber alleinige Entscheidungskompetenz besaß.²⁹

Bei den 1940 eroberten nord- und westeuropäischen Staaten war bis zum Sommer 1940 aus währungspolitischer Sicht die bedeutendste Maßnahme, daß den deutschen Soldaten Reichskreditkassenscheine mitgegeben wurden, mit denen sie in den besetzten Gebieten einkaufen konnten. Reichsbankdirektor Max Kretschmann umschrieb die Funktion der Scheine wie folgt: »Sie haben die Finanzierung der Geldversorgung der deutschen Truppen unter Schonung der Währung des Reiches wie unter Anpassung an die Kräfte des fremden Landes in das besetzte Gebiet verlegt und so dazu beigetragen, daß die Wirtschaftsreserven dieser Gebiete im Rahmen des Möglichen in den Kampf um den deutschen Sieg eingespannt werden.«³⁰ Aufgabe der Scheine war es mithin, den Vormarsch und die Versorgung der Wehrmacht aus den Mitteln der eroberten Gebiete zu bestreiten. In Dänemark und Norwegen wurden hierzu keine eigenen Reichskreditkassen eröffnet, weil sich beide Nationalbanken zur engen

26 Vgl. Czeslaw Madajczyk, Die Okkupationspolitik Nazideutschlands in Polen 1939–1945, Berlin (Ost) 1987, S. 603, sowie einen Artikel in der Frankfurter Zeitung v. 9.6.1940, in dem bei der Abwertung der Reichsmark in den eingegliederten Gebieten Eupen, Malmedy und Moresnet festgestellt wird, daß dieselbe Politik auch in Österreich und im Sudetenland verfolgt wurde. Von den eingegliederten polnischen Gebieten wird dies nicht gesagt.

27 Vgl. Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 73.

28 Vgl. Madajczyk, Okkupationspolitik (wie Anm. 26), S. 604.

29 Vgl. Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 77 f. Die Konstruktion erwies sich als so erfolgreich, daß später in den meisten besetzten Gebieten der Leitung der Notenbanken bzw. der Emissionsinstitute ein deutscher Kommissar beigegeben wurde.

30 Max Kretschmann, Die Reichskreditkassen, in: Hans Frank (Hg.), Deutsche Geldpolitik, Berlin 1941, S. 113–160, hier: S. 139.

Zusammenarbeit mit der Reichsbank bereit erklärten. In den Niederlanden und Belgien wurden nur für kurze Zeit eigene Reichskreditkassen errichtet, die aber bald wieder aufgelöst wurden. In den Niederlanden erwies sich die Nationalbank als kollaborationswillig und wurde im Amt belassen.³¹ In Belgien, wo ein Großteil des Personals der Nationalbank geflohen war, entschieden sich die deutschen Stellen dagegen innerhalb kürzester Zeit, ein Emissionsinstitut nach dem Vorbild des polnischen Instituts im Generalgouvernement zu errichten. Eine langfristige Funktion hatten die Reichskreditkassenscheine nur in Frankreich, wo in der gesamten Besatzungszeit acht Reichskreditkassen bestehen blieben. Das geschah vor allem, weil man der im Amt verbliebenen Bank von Frankreich aus politischen Gründen keine Hoheit über die eigene Währung zugestand.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß die deutschen Stellen in den zur Einbeziehung ins deutsche Reich vorgesehenen Gebieten innerhalb kürzester Zeit die Reichsmark einführten und gegenüber dem aktuellen Kurs unterbewerteten.³² In den nicht zur Eingliederung vorgesehenen Gebieten wurde die Reichsmark nur in Form von Reichskreditkassenscheinen eingesetzt und die nationale Währung blieb das Hauptzahlungsmittel. Für deren Ausgabe waren die Nationalbanken oder auf Initiative der Deutschen gegründete Emissionsinstitute zuständig, die von deutschen Kommissaren beaufsichtigt wurden. Damit waren aber wesentliche Fragen einer künftigen Währungspolitik in den besetzten Gebieten noch nicht entschieden. Geklärt wurde das weitere währungspolitische Vorgehen erst im Rahmen der im Sommer 1940 auf breiter Basis einsetzenden Neuordnungsplanungen. Um die Zuständigkeit für die Planungen entbrannte ein Kampf zwischen verschiedenen Behörden.

4. Währungsplanungen für die »Neue Ordnung«

4.1. Zuständigkeit und Ausgangspositionen

Im Mai/Juni 1940 bemühten sich das Auswärtige Amt, das Reichswirtschaftsministerium und Werner Daitz als Präsident der Gesellschaft für europäische Wirtschaftsplanung und Großraumwirtschaft e.V. Weisungsbefugnisse für die Neuordnungsplanung zu erhalten. Nachdem das Auswärtige Amt und Reichswirtschaftsministerium das Ansinnen von Daitz gemeinsam zurückgewiesen hatten, entbrannte zwischen den beiden Ministerien ein Kampf um die Zuständigkeit. Dem Reichswirtschaftsministerium gelang es schließlich die Unterstützung Görings und großer Teile der Reichs-

31 Als deutscher Kommissar wurde der Niederländischen Bank am 18.5.1940 Helmuth Wohlthat von der Vierjahresplanbehörde beigeordnet. Zum neuen Chef der Niederländischen Bank ernannten die deutschen Besatzer den niederländischen Nationalsozialisten Rost van Tonningen. Vgl. Correspondentie van Mr. M. M. Rost van Tonningen, Deel I: 1921- Mei 1942. Ingeleid en uitgegeven door Drs. E. Fraenkel-Verkade in samenwerking met A. J. van der Leeuw, 's-Gravenhage 1967; Deel II: Mei 1942 - Mei 1945. Ingeleid en uitgegeven door David Barnouw, Zutphen 1993.

32 Eine Ausnahme bildeten die polnischen Gebiete, die ins Reich eingegliedert wurden.

gruppe Industrie zu erlangen. Im Juni/Juli 1940 kam es zu einem erbitterten Streit zwischen Görings Vierjahresplanbehörde und dem Auswärtigen Amt, aus dem Göring als klarer Sieger hervorging. Er sicherte nicht nur dem Reichswirtschaftsministerium die Zuständigkeit für die Neuordnungsplanung, sondern konnte zugleich durchsetzen, daß er die Entscheidungsgewalt über wirtschaftliche Maßnahmen in den besetzten Gebieten erhielt.³³ Die einzige Ausnahme bildete Dänemark, wo das Auswärtige Amt die Entscheidungsgewalt erringen konnte. Das Reichswirtschaftsministerium begann nun Strukturen aufzubauen, mit denen es die ihm zugewiesene Aufgabe bewältigen konnte. Insbesondere der auserkorene Leiter der Neuordnungsplanung im Reichswirtschaftsministerium, Ministerialdirigent Gustav Schlotterer,³⁴ begann Experten im »Schlotterer-Ausschuß«³⁵ um sich zu versammeln, in dem man sich zuerst mit Fragen der zukünftigen Währungspolitik beschäftigte. Bevor den Diskussionsprozessen im Schlotterer-Ausschuß nachgegangen wird, sollen kurz die Ausgangspositionen wichtiger Institutionen und Akteure vor dem Einstieg in den Diskussionsprozeß aufgezeigt werden.

33 Der Verlauf der Auseinandersetzungen zwischen Reichswirtschaftsministerium, Vierjahresplanbehörde und Auswärtigem Amt im Sommer 1940 wurde in der bisherigen Forschung noch nicht umfassend beschrieben. Am detailliertesten bisher anhand des Beispiels Frankreich: Hermann Böhme, Der deutsch-französische Waffenstillstand im Zweiten Weltkrieg. Erster Teil: Entstehung und Grundlagen des Waffenstillstandes von 1940, Stuttgart 1966, S. 191-200. Ansonsten verweise ich auf die längere Darstellung in meiner Magisterarbeit (wie Anm. 1), S. 41-46.

34 Gustav Schlotterer wurde am 1.3.1906 als Sohn eines Bäckermeisters im württembergischen Biberach am Riß geboren. Er trat bereits 1923 als Banklehrling in die NSDAP ein. Der Lehre folgten ein Studium an der Handelshochschule Mannheim und der Universität Tübingen, wo er 1930 seine Promotion über das Marx'sche Akkumulationsgesetz abschloß. 1931 zog er nach Hamburg, wo er Wirtschafts- und später Chefredakteur der lokalen NSDAP-Zeitung wurde. Nach der »Machtergreifung« stieg Schlotterer zum Präsidenten der Hamburger Wirtschaftsbehörde auf. 1935 wechselte er in die Außenwirtschaftsabteilung des Reichswirtschaftsministeriums und wurde dort 1938 stellvertretender Leiter der Hauptabteilung, was ihn de facto zum Kopf der Hauptabteilung machte, da sein Vorgesetzter keinerlei wirtschaftlichen Sachverstand besaß. Nach der Koordinierung der Neuordnungsplanung wurde Schlotterer 1941 die zentrale Figur des Reichswirtschaftsministeriums bei der wirtschaftlichen Ausbeutung der Sowjetunion. Bei Kriegsende wurde Schlotterer inhaftiert, doch gelang es ihm trotz seines frühen Parteieintritts und seines umfangreichen Einflusses als »unbelastet« entnazifiziert zu werden. Anschließend machte er als Prokurist beim Flick-Konzern und später als selbständiger Stahlhändler, vor allem im Iran-Geschäft, Nachkriegskarriere. Er verstarb 1989 in Düsseldorf.

35 Die Bezeichnung des Gremiums folgt der Benennung der Reichsbankbeamten, die Protokolle der Sitzungen des Ausschusses anfertigten. Die für die Neuordnungsplanung im Reichswirtschaftsministerium gegründete Abteilung Vo konstituierte sich entgegen der Vermutungen der bisherigen Forschung erst Ende Juli 1940, als wesentliche Entscheidungen über die künftige Währungspolitik im Reichswirtschaftsministerium bereits getroffen waren. Zudem hieß die Abteilung nicht - wie von der Forschung angenommen - VO (Vorbereitung und Ordnung) sondern Vo. Vgl. hierzu die längere Darstellung in meiner Magisterarbeit (wie Anm. 1), S. 46-51.

Die Position Schlotterers vor der ersten Sitzung des Schlotterer-Ausschusses zu Währungsfragen läßt sich in groben Zügen aus zwei seiner Vorträge und einem Gespräch mit einem Reichsbankdirektor rekonstruieren. Demnach war Schlotterer schon im Juni ein entschiedener Gegner einer Abwertung der Reichsmark gegenüber dem Dollar und zudem gegen eine zügige Installation von Währungs- und Zollunionen mit den besetzten nord- und westeuropäischen Staaten. Hinsichtlich anderer Fragen zu Währungs- und Zahlungsabkommen war Schlotterers Position dagegen anscheinend noch nicht festgelegt und entwickelte sich zum Teil erst in den späteren Diskussionen.³⁶ Mit den am exaktesten ausgearbeiteten Vorstellungen hinsichtlich einer zukünftigen Währungsordnung in Europa gingen die Spezialisten der Reichsbank in die Verhandlungen. Von herausragender Bedeutung war eine im Auftrag von Reichswirtschaftsminister und Reichsbankpräsidenten Funk verfaßte Denkschrift eines Mitarbeiters der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsbank mit dem Titel »Probleme der äußeren Währungspolitik nach Beendigung des Krieges«.³⁷ Die dort vertretenen Auffassungen lassen sich wie folgt zusammenfassen: Die deutsche Notenbank favorisierte eine Fixierung der Wechselkurse der Währungen im europäischen Großraum. Langfristig sollten die Maßnahmen die Schaffung einer Währungs- und

36 Vgl. Aufzeichnung des Reichsbankdirektors Eicke über einen Vortrag Schlotterers vor den Leitern der Prüfungsstellen am 14.6.1940, BA Berlin, R 2501/6612, Bl. 21-29; Einschreiben von Krupp-Direktor Janssen an Krupp-Vorstand Löser über einen Vortrag Schlotterers vor dem Außenhandelsausschuß der Reichsgruppe Industrie am 19.6.1940, Staatsarchiv (StA) Nürnberg, KV-Anklage, NIK-12050; Aufzeichnung Eicke über ein Gespräch mit Schlotterer v. 2.7.1940, BA Berlin, R 2501/7017, Bl. 99-105. Am Inhalt der Dokumente vorbei geht Willi A. Boelcke, Die »europäische Wirtschaftspolitik« des Nationalsozialismus, in Historische Mitteilungen 5 (1992), S. 194-232, hier: S. 222, der Schlotterers Vortrag vor dem Außenhandelsausschuß der Reichsgruppe Industrie am 19.6., bei dem er keineswegs für eine rasche Währungsunion optierte, als Initiative der Reichsgruppe Industrie zur Herstellung einer Währungsunion deutet.

37 Der Denkschrift v. 20.6.1940 wurde in der bisherigen Forschung kaum Beachtung geschenkt. Lediglich Oertel mißt ihr größere Bedeutung zu. Er vergleicht die Aussagen der Denkschrift mit den zentralen Aussagen Funks, die er später auf der Chefbesprechung am 22.7. und im Pressevortrag am 25.7. äußerte. Oertel kommt zu dem Ergebnis, daß die entscheidenden währungspolitischen Äußerungen Funks in der Denkschrift der Reichsbank bereits formuliert wurden. Einzig der vierte Punkt der Denkschrift »Der Außenwert der Reichsmark wird den internationalen Preisverhältnissen angeglichen«, der eine Abwertung der Reichsmark gegenüber dem Dollar vorschlug, sei in Funks Äußerungen verworfen worden. Oertel übersieht jedoch, daß in der betreffenden Akte zwei Fassungen der Denkschrift existieren und eben jener Punkt vier in der zweiten Fassung gestrichen wurde (vgl. BA Berlin, R 2501/7015). Die erste Fassung, die Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 127-135, bearbeitet hat, findet sich auf den Bl. 49-65. Auch in der Dokumentenedition von Reinhard Opitz (Hg.), Europastrategien des deutschen Kapitals, Köln 1977, in der die Denkschrift in Ausschnitten wiedergegeben wird, wird die erste Fassung benutzt. Die zweite Fassung, die im Gegensatz zur ersten Fassung auch ein gedrucktes Datum besitzt, findet sich auf den Bl. 66-82. Die Kenntnis von der Existenz der zweiten Fassung wertet die Bedeutung der Denkschrift noch einmal auf. Sie war tatsächlich in allen wesentlichen Teilen die Vorwegnahme der Rede Funks am 25.7.

Zollunion innerhalb Europas einleiten. Zunächst erschien es den Fachleuten aber sinnvoller, daß die einzelnen Länder ihre eigenen Währungen behielten. Die besetzten Länder sollten zu einer Politik der Kreditausweitung und zur Erhöhung des Notenumlaufs gebracht werden. Einzelne Referenten der Volkswirtschaftlichen Abteilung hielten – besonders im Hinblick auf den Handel außerhalb des Großraumes – eine Abwertung der Reichsmark für sinnvoll. Diese Ansicht wurde jedoch von der Führung der Reichsbank als in der aktuellen Situation wenig vorteilhaft abgelehnt. Die Frage nach der Bedeutung des Goldes im Wirtschafts- und Handelssektor war innerhalb der Reichsbank umstritten. In der erörterten Denkschrift fungierte das Gold als Mittel zum Spitzenausgleich und Währungsmaßstab in der Wirtschaft; innerhalb des deutschen Großwirtschaftsraumes sollte es allerdings eine möglichst untergeordnete Rolle spielen. Reichsbankrat Schramke vertrat hingegen die Meinung, daß Gold als Mittel der Regulation des Wirtschaftssystems gänzlich entbehrlich sei. Diese Position wurde jedoch zurückgewiesen. Ein Vorgesetzter Schramkes hielt die Ausführungen für einseitig.³⁸ Es ist also davon auszugehen, daß die Reichsbankführung die Golddeckung – zumindest was die nahe Zukunft betraf – für unverzichtbar hielt.

Die Vierjahresplanbehörde, die für die meisten der besetzten nord- und westeuropäischen Gebiete die Entscheidungsgewalt über wirtschaftliche Maßnahmen gewonnen hatte, war bis dahin vor allem bei der schnellen Einführung der Reichsmark in den zur Eingliederung ins Reich vorgesehenen Gebieten in Erscheinung getreten. Die gemachten Erfahrungen führten dazu, daß die Vierjahresplanbehörde auch in den besetzten nord- und westeuropäischen Ländern eine schnelle Einführung der Reichsmark befürwortete. In dem Sinne verstand jedenfalls die Reichsbank eine Denkschrift des Staatssekretärs der Vierjahresplanbehörde, Erich Neumann, in der der vorschlug, die Reichskreditkassenscheine unter Aufhebung der festgesetzten Umtauschrelationen in den besetzten Gebieten zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erheben.³⁹ Das Auswärtige Amt sprach sich in seinen Denkschriften für eine möglichst schnelle Schaffung von Währungs- und Zollunionen mit den besetzten nord- und westeuropäischen Gebieten aus. Im Mai/Juni 1940 läßt sich eine Bevorzugung dieser Vorgehensweise nur beim Auswärtigen Amt nachweisen.⁴⁰

38 Vgl. die Denkschrift Zur Frage der Neuordnung der deutschen Währung nach dem Kriege unter besonderer Berücksichtigung des Goldproblems v. 4.7.1940, BA Berlin, R 2501/7015, Bl. 224-234. Die handschriftliche Bemerkung, die besagt, daß die Arbeit nicht weitergegeben wird, befindet sich auf der ersten Seite der Denkschrift.

39 Die Reichsbank kritisierte den Vorschlag Neumanns scharf, weil sie davon ausging, daß es in den besetzten Gebieten bald zu einer Abwertung der einheimischen Währungen kommen würde und es nicht gut wäre, die Reichsmark vor dem Ende dieses Prozesses in den Ländern einzuführen. Vgl. Stellungnahme der Reichsbank zum Neumann-Vorschlag v. 19.6.1940, BA Berlin, R 2501/7013, Bl. 129-132.

40 Aufzeichnung des Gesandten Carl Clodius betreff Gesichtspunkte für die wirtschaftliche Gestaltung des Friedens v. 30.5.1940, in: Akten zur Deutschen Auswärtigen Politik (ADAP), Serie D; Bd. IX.2, Dok. 354, S. 390-395; Aufzeichnung des Botschafters Karl Ritter v. 1.6.1940, in: Ebd., Dok. 367, S. 407-411.

Von Vertretern der deutschen Wirtschaft liegen für den frühen Zeitpunkt kaum Aussagen zum Thema vor. Insbesondere Stellungnahmen der Industrie zu Währungsfragen sind für diese Zeit nicht überliefert. In Ansätzen lassen sich hingegen die Positionen der beiden wichtigsten Großbanken nachvollziehen. Von besonderer Bedeutung ist das Protokoll einer Sitzung des Beirates der Reichsbank.⁴¹ Dort wurde unter anderem die Frage diskutiert, wie man damit umgehen wollte, daß auf den Clearingkonten der nord- und westeuropäischen Länder demnächst große Guthaben gegenüber Deutschland entstehen würden, weil man daran dachte, einen Großteil der dortigen Warenproduktion für die deutschen Kriegsanstrengungen einzukaufen, aber nicht in der Lage sei oder nicht gewillt war, entsprechende Warenmengen dorthin zu liefern. Der Vertreter der Deutschen Bank sprach sich dafür aus, daß die deutsche Seite den besetzten nord- und westeuropäischen Ländern bestimmte Garantien machen sollte, wie zum Beispiel das Versprechen festgelegte Mengen an Kohle oder Düngemitteln zu liefern. Die Dresdner Bank hingegen sprach sich im Verbund mit der Reichsbank gegen solche Garantien aus, weil sie aufgrund Deutschlands militärischen Sieges nicht mehr Not täten. Statt dessen wurde vorgeschlagen, die entstehenden Clearingüberschüsse durch Besatzungskosten auszugleichen, die den anderen Ländern auferlegt würden. Zudem votierte die Dresdner Bank, ähnlich wie die Reichsbank in ihrer Kritik des Neumann-Vorschlages, gegen eine schnelle Einführung der Reichsmark in den besetzten Gebieten.

4.2. Die Diskussionsgrundlage

Bei der ersten Sitzung des Schlotterer-Ausschusses lagen zwei Denkschriften aus der Hauptabteilung IV (der sogenannten Bankenabteilung) des Reichswirtschaftsministeriums als Diskussionsgrundlage vor.⁴² Sie wurden beide kurz vor der Sitzung fertiggestellt und trugen die Titel »Währungsfragen im europäischen Großraum«⁴³ und »Punkte für die Satzung der Bank für europäischen Zahlungsausgleich«⁴⁴. Sie

41 Das Sitzungsprotokoll v. 20.5.1940 findet sich in: BA Berlin, R 8119F/P 349, Bl. 17-21. Der Beirat der Reichsbank war im Anschluß an das »Gesetz über die Reichsbank« v. 15.6.1939 entstanden. Durch das Gesetz wurde der Zentralausschuß – als ständige Vertretung der zum Teil ausländischen Anteilseigner – aufgelöst. Statt dessen wurde der Beirat der Reichsbank eingerichtet, dem Funk als Reichsbankpräsident vorstand. In dem Gremium saßen vor allem Vertreter von Banken, Kreditinstituten und Versicherungsgesellschaften, aber auch einige wichtige Vertreter der deutschen Industrie. Vgl. Oertel, Reichsbank (wie Anm. 23), S. 22-29.

42 Wahrscheinlich wurde auch ein drittes Papier mit dem Titel »Mitteleuropäische Wirtschaftsunion« aus dem Referat 15 der Länderabteilung der Hauptabteilung V des Reichswirtschaftsministeriums diskutiert. Der Hauptvorschlag des Verfassers war die Errichtung eines europäischen Zentralbankensystems nach dem Vorbild des Federal Reserve System in den USA. Da der Vorschlag auf der Sitzung des Schlotterer-Ausschusses relativ einhellig verworfen wurde, führe ich keine weiteren Details aus. Die Denkschrift findet sich in: BA Berlin, R 2501/6428, Bl. 27-30.

43 Ebd., Bl. 21-23.

44 Ebd., Bl. 24-26.

stammten wahrscheinlich beide aus der Feder von Herbert Martini,⁴⁵ dem Leiter des Referats Kredit der Hauptabteilung IV.⁴⁶ In der ersten Denkschrift verband Martini die Frage nach möglichen Formen staatsrechtlicher Verbindungen mit den besetzten Gebieten mit den seiner Meinung nach passenden Formen des Zusammengehens auf währungspolitischem Gebiet. Argumentativ führte er drei Beispiele an. Wenn politisch ein Einheitsstaat gewollt sei, müsse eine Einheitswährung realisiert werden, präferierte man hingegen den Bundesstaat, so fände er in der Währungsunion die Entsprechung, darüber hinaus seien Staatenbund und Währungsbund kompatibel. »Gemeinsame Voraussetzung ist in allen Fällen die Festsetzung der Wechselkurse innerhalb des Großraumes. Anzustreben ist die Festsetzung der Wechselkurse auch nach außen.«⁴⁷

Im Anschluß beschrieb Martini die drei erwähnten Gestaltungsmöglichkeiten sowie deren Vor- und Nachteile. Er vertrat die Position, daß es bei der Einheitswährung eine gemeinsame Zoll- und Devisengrenze des Einheitsstaates nach außen geben müßte, während innerhalb des Raumes der an der Einheitswährung teilnehmenden Staaten keine solchen Grenzen notwendig seien. Das Modell versprach einen großen Vorteil: Die Aufgaben der Verwaltung würden sich vereinfachen und reduzieren. Allerdings glaubte Martini, daß sich die Lösung aufgrund des Widerstandes der anderen europäischen Staaten nur schwer durchsetzen lassen würde.

Hinsichtlich der Währungsunion betonte Martini die Möglichkeit, sie nur einseitig einzuführen. Das heißt, er schlug vor, die Reichsmark in den okkupierten Ländern zum gesetzlichen Zahlungsmittel zu erklären, die Landeswährungen jedoch weiterhin und ausschließlich als Zahlungsmittel im Heimatland zu akzeptieren. Sowohl bei bi- wie auch bei multilateralen Währungsunionen sei es unumgänglich, gemeinsame Abkommen bezüglich des Außenhandels zu etablieren. Im Innern könnten die Devisengrenzen bei Bedarf bestehen bleiben; für wünschenswert hielt Martini den Fortbestand jedoch nicht. Im Rahmen einer Währungsunion müßte zudem Kontrolle über die Kredit- und Notenausgabepolitik der anderen Notenbanken ausgeübt werden. Martini nannte drei Optionen, die zum Ziel führen könnten: Als schärfste Variante betrachtete er die Abstellung von Beauftragten der Reichsbank bei den Notenbanken, wie es bereits in einigen Ländern praktiziert wurde (zum Beispiel im Generalgouvernement, in den Niederlanden und in Norwegen). Unter Umständen würde es jedoch ausreichen, deutsche Vertreter in die Verwaltungsräte der Notenbanken

45 Herbert Martini wurde am 4.7.1903 in Reichenbach (Schlesien) geboren. Seit Mitte der 1930er Jahre arbeitete er in der Bankenabteilung des Reichswirtschaftsministeriums und galt dort als Vertrauter Otto Schniewinds. Nach 1945 gelang Martini der Aufstieg in zentrale Positionen der bundesdeutschen Finanzwelt: Er wurde Stellvertreter des deutschen Beraters für den Marshallplan und Vorstandsmitglied der Kreditanstalt für Wiederaufbau.

46 Die erste Denkschrift ist von Martini unterzeichnet, während die zweite keine Unterschrift trägt. Da aber beide den Aktenvermerk IV/Kredit 1 tragen und in den Denkschriften aufeinander verwiesen wird, ist anzunehmen, daß auch die zweite von Martini oder von einem seiner engen Mitarbeiter stammt.

47 BA Berlin, R 2501/6428, Bl. 21.

zu berufen. Auch sei es möglich, die Notenbanken durch verschärfte Deckungsbedingungen zur Haushaltsdisziplin zu zwingen. Als besonderen Vorteil der Währungsunion hob Martini hervor, daß sie außenpolitisch die Selbständigkeit der einzelnen Staaten demonstrierte, daß man aber innerhalb der Währungsunion die einzelnen Länder stark an Deutschland binden könnte, so daß ein Ausstieg aus der Währungsunion zu einem späteren Zeitpunkt kaum zu realisieren sei. Die Errichtung von Währungsunionen würde allerdings, laut Martini, einen extrem hohen Verwaltungsaufwand nach sich ziehen.

Im Rahmen des Währungsbundes würde jedes Land seine Devisengrenze behalten. Zur Kontrolle der Münzausgabepolitik innerhalb des Großraumes schlug Martini die Etablierung einer Europa-Bank vor. Von Vorteil sei, daß ein vorsichtiger Anfang gemacht würde. Deutschland besäße so die Möglichkeit, auf die unterschiedlichen währungs- und wirtschaftspolitischen Eigenheiten der einzelnen Länder zu reagieren. Insgesamt beurteilte er den Währungsbund jedoch negativ, weil die Gefahr, daß sich die Länder von Deutschland lösen könnten, groß sei und weil die den Handel einschränkenden Devisengrenzen bestehen bleiben würden. In seiner abschließenden Stellungnahme betonte Martini, daß er die Währungsunion für die beste Form zur Schaffung eines Wirtschaftsblocks halte. Den Währungsbund erachtete er nur im Hinblick auf entfernt liegende Gebiete für sinnvoll. Die Einheitswährung sollte seiner Meinung nach zuerst ausschließlich in den Gebieten installiert werden, die politisch zur Eingliederung in das Reich vorgesehen waren. Damit favorisierte Martini eine Option, die bisher nur vom Auswärtigen Amt vertreten wurde.

Die zweite Denkschrift aus Martinis Referat schlug vor, eine Europabank mit Sitz in Wien zu gründen.⁴⁸ Sie sollte nach Ansicht des Verfassers durch Verträge mit den beteiligten Staaten und ihren Notenbanken verwirklicht werden. Dabei wurde die Europabank sowohl für den Fall der Währungsunion als auch des Währungsbundes für sinnvoll gehalten. Es war geplant, daß jede der beteiligten Notenbanken Aktien der Europabank in einer noch festzulegenden Größenordnung, die analog zu den Verpflichtungen festgelegt werden sollte, erwerben müßte. Die Aktien – so der Autor – seien prinzipiell unverkäuflich und könnten zur Notendeckung in den jeweiligen Ländern herangezogen werden. Die Europabank hätte die Aufgabe, schon zum Zeitpunkt ihrer Gründung als zentrale Verrechnungskasse zu fungieren. In der Denkschrift hieß es: »Die Angehörigen aller Mitgliedsländer übertragen über ihre Mitgliedsbanken der Europabank ihre im Zeitpunkt der Gründung vorhandenen Forderungen gegen Angehörige der anderen Mitgliedsländer.«⁴⁹ Sämtliche Forderungen sollten über die Europabank verrechnet werden. Die Verrechnungskurse der Währungen würden zu diesem Zweck vom Verwaltungsrat der Bank festgelegt. Der Verwaltungsrat sollte außerdem über die Möglichkeit verfügen, Mitgliedsländern Kredite zu gewähren.

48 Die Denkschrift ist das einzige Dokument im Kontext der Neuordnungsplanung, in dem der Begriff »Europabank« in einem positiven Sinne verwandt wurde. Interessant ist das Dokument des weiteren, weil der Entwurf in vielem der Satzung der Europäischen Zentralbank ähnelt.

49 BA Berlin, R 2501/7017, Bl. 24.

Auch beabsichtigte der Verfasser, den Verwaltungsrat mit Befugnissen auszustatten, die eine Intervention in dem Fall einer zu hoch verschuldeten Notenbank ermöglichten.

4.3. Die Entscheidungsfindung

Nachdem erste Memoranden über die zukünftige Währungspolitik im deutschen Großraum geschrieben worden waren und in den deutschen Zeitungen Gerüchte zum Thema zu kursieren begannen, entschied Schlotterer in seiner Funktion als Koordinator der Neuordnungsplanung, sich der Währungsfrage anzunehmen. Die Bearbeitung des Themas fand im Schlotterer-Ausschuß statt. In dem Ausschuß trafen sich im Juli 1940 mehrfach Vertreter des Reichswirtschaftsministerium und der Reichsbank, um die Eckpunkte der anvisierten deutschen Währungs- und Handelspolitik festzulegen. Nach den Protokollen der Sitzungen zu urteilen, blieben die Vertreter der beiden Institutionen unter sich.

Bereits auf der ersten Sitzung des Ausschusses zeigte sich, daß in den Institutionen unterschiedliche Vorstellungen hinsichtlich des einzuschlagenden Kurses herrschten.⁵⁰ Die Reichsbank opponierte entschieden gegen den Vorschlag der Errichtung einer Europabank. Statt dessen forderte sie, daß sie selbst und die Reichsmark Grundlagen der europäischen Währungspolitik sein sollten: »Basis jeder Regelung muß die Reichsmark und damit die Deutsche Reichsbank sein; ein internationales Währungsspitzenorgan ist untragbar.«⁵¹ Aus diesem Grund sollte die Deutsche Verrechnungskasse – das deutsche Organ zur Abwicklung des Clearingverkehrs – so ausgebaut werden, daß sie zur Zentrale eines europäischen Verrechnungsverkehrs avancieren konnte: Zu Beginn sei nur die Festlegung der Währungsparitäten innerhalb des Großraumes und der Zwang auf die besetzten Länder, am Clearing teilzunehmen, notwendig.

Auch hinsichtlich der Zeitplanung und der Abfolge der zu ergreifenden Maßnahmen, die zu einer Währungsvereinheitlichung in Europa führen sollten, gab es verschiedene Standpunkte. Während die Hauptabteilung IV des Reichswirtschaftsministerium zum Beispiel ihre Vorstellungen bezüglich des Zolls in Europa ausschließlich unter dem Gesichtspunkt der zu schaffenden Währungsform betrachtete, hielt die Reichsbank den Standpunkt für impraktikabel. Die Vertreter der Reichsbank gingen davon aus, daß es sinnvoll sei, eine Reihenfolge bei der Herstellung von Währungsunionen einzuhalten. Nach ihrer Ansicht müßten in einem für die Währungsunion mit Deutschland vorgesehenen Land zuerst die Preise den deutschen Verhältnissen angeglichen werden. Erst in einem zweiten Schritt sollten die Zollgrenzen zwischen beiden Ländern fallen. Auf der Basis könnte schließlich eine Währungsunion

50 Die vorhandene Aufzeichnung von der Sitzung stammt von einem Referenten der Volkswirtschaftlichen Abteilung der Reichsbank. Sie trägt den Titel »Währungsfragen im europäischen Großwirtschaftsraum« und ist auf den 6.7.1940 datiert. Allerdings wird nicht der Verlauf der Sitzung wiedergegeben, sondern der Verfasser stellt die beiden unterschiedlichen Positionen von Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank dar (BA Berlin, R 2501/6428, Bl. 34-42).

51 Ebd., Bl. 35-36.

zwischen den beiden – nun in ihren Lebensverhältnissen weitgehend angeglichenen – Ländern realisiert werden.⁵² Zudem hielt die Reichsbank eine Zollunion mit den südosteuropäischen Ländern für gänzlich unmöglich. Im Hinblick auf die besetzten nord- und westeuropäischen Staaten setzte die Reichsbank auf Zeit. Im Gegensatz zur Hauptabteilung IV des Reichswirtschaftsministerium sah die Reichsbank keinen Grund zur Eile bei der Schaffung von Währungsunionen mit den besetzten Gebieten. Ihre führenden Mitglieder vermuteten, daß für die meisten Staaten in deutschem Einflußgebiet für längere Zeit nur die Form des Währungsbundes in Frage komme. Einig waren sich die Experten beider Stellen, daß die Schaffung von Zoll- und Währungsunionen mit diesen Staaten ein Ziel sei, auf das Deutschland hinarbeiten sollte. So hieß es in einem Schriftstück der Reichsbank: »Grundsätzlich ist zum Fall c) [Währungsbund, M.B.] noch zu bemerken, daß er eine – wenn auch auf lange Sicht abgestellte – Übergangslösung darstellt. Je intensiver der Gedanke einer Verbundwirtschaft weitergetrieben wird, desto rascher strebt die Entwicklung auf eine Zoll- und Währungsunion hin.«⁵³

Einigkeit herrschte auch bezüglich der Forderung, daß die Reichsmark die europäische Standardwährung werden sollte. Ebenso hielten es beide Institutionen für unumgänglich, daß die Währungsrelationen innerhalb des gewünschten europäischen Großraums festgelegt wurden. Konsens bestand ebenfalls darüber, daß die Devisenbewirtschaftung einer Großmacht nicht gerecht würde und dementsprechend langsam abgebaut werden müßte. Während die Hauptabteilung IV es bei der allgemeinen Feststellung beließ, äußerte sich die Reichsbank detaillierter. Ihre Vertreter verlangten, daß sich die Devisenbewirtschaftung innerhalb der errichteten Großraumwirtschaft auf eine »Zahlungsbilanzlenkung in der großen Linie« beschränken sollte. Die Mittel, die notwendig waren, um die deutsche Zahlungsbilanz für diese Aufgabe auszugleichen, sollten durch Entschädigungszahlungen aus England und Frankreich in den Haushalt fließen. Mittels der Goldabgaben der beiden Staaten wollte man einen Manövrierfonds errichten, der die Zahlungsbilanz Deutschlands wesentlich verbessern würde.⁵⁴

Wie stellte sich das Reichswirtschaftsministerium zur Kritik der Reichsbank? Die Frage läßt sich anhand der Denkschrift »Die Vereinfachung des Zahlungsverkehrs im mitteleuropäischen Raum«, die auf den 9. Juli 1940 datiert ist, klären.⁵⁵ In der Stellungnahme hieß es: »Dementsprechend empfiehlt es sich, in diesem Gebiet die

52 Ebd., Bl. 36.

53 Ebd., Bl. 42.

54 Ebd., Bl. 38.

55 Der Verfasser der Denkschrift konnte bisher nicht ermittelt werden. Es steht jedoch zu vermuten, daß sie in der Hauptabteilung V des Reichswirtschaftsministeriums geschrieben wurde. Die Denkschrift könnte möglicherweise von Carl-Gisbert Schultze-Schlutius, dem stellvertretenden Leiter der Länder-Abteilung der Hauptabteilung V des Reichswirtschaftsministeriums, stammen, in dessen Akten sich ein Exemplar der Schrift befindet (BA Berlin, R 7/3283, Bl. 17-21). Schultze-Schlutius nahm auch an einigen Sitzungen des Schlotterer-Ausschusses teil. Er konnte seine Karriere nach 1945 ungebrochen fortführen und wurde schließlich Wirtschafts- und Finanzsenator der Freien Hansestadt Hamburg.

bilateralen Clearingabkommen durch ein multilaterales Clearing zu ersetzen, dessen Mittelpunkt die Deutsche Verrechnungskasse bilden könnte.«⁵⁶ Die Position, die in der Reichsbank bereits vertreten wurde, wurde hier noch im Konjunktiv formuliert. Es zeigte sich jedoch in den nächsten Tagen, daß Schlotterer, als die entscheidende Figur der Neuordnungsplanung im Reichswirtschaftsministerium, zugunsten der Position der Reichsbank votierte. Bei einer Besprechung im Reichswirtschaftsministerium über Einfuhrfragen äußerte er sich vor Vertretern anderer Ministerien sowie Fachleuten der Industrie und des Außenhandels wie folgt: »Technisch wollen wir von diesen Dingen kein Aufhebens machen und daher keine neue Bank gründen. Wir haben die deutsche Verrechnungskasse, die diese Konten führen kann.«⁵⁷ Die Haltung bestätigte wenige Tage später ein im Reichswirtschaftsministerium arbeitender Reichsbankrat gegenüber Reichsbankdirektor Rudolf Eicke. Er stellte fest: »Der Ausschuß [gemeint ist der Schlotterer-Ausschuß, M.B.] habe sich mit dem Vorschlag der Abteilung des Ministerialrats Dr. Riehle eine Europabank zu gründen, an der die europäischen Notenbanken als gleichberechtigte Partner nebeneinander beteiligt werden sollen, nicht befremden können.«⁵⁸ Damit war der Plan der Hauptabteilung IV des Reichswirtschaftsministeriums ad acta gelegt. Durchgesetzt hatten sich in dieser Frage die Vertreter der Reichsbank sowie Schlotterer und andere führende Köpfe der Hauptabteilung V des Reichswirtschaftsministerium, die die Schaffung von übergeordneten europäischen Institutionen ablehnten.

Die Denkschrift vom 9. Juli 1940 beinhaltete weitere neue Pläne. Es wurde der Vorschlag unterbreitet, zwei verschiedene Kreise innerhalb des Großraums zu unterscheiden. Den ersten Kreis bildeten Deutschland mit dem Generalgouvernement, dem Protektorat sowie die von Deutschland besetzten Gebiete. Schließlich sollten noch Schweden, die Schweiz und die Slowakei integriert werden. Ein zweiter Kreis umfaßte die Länder Südosteuropas. Der erste Kreis wurde weitgehend als »einheitliches Wirtschaftsgebiet« angesehen. Die Versorgung mit Rohstoffen und der Warenaustausch müßten – so der Vorschlag des Verfassers – zentral von Deutschland geplant werden. In seiner Denkschrift sprach sich der Autor dafür aus, auch im ersten Kreis auf eine einheitliche Währung zu verzichten: Eine Ansicht, die mit der Position der Reichsbank konform ging. Statt dessen wollte man sich zunächst begnügen, die Währungen in ein festes Verhältnis zur Reichsmark zu bringen und innerhalb des ersten Kreises das bilaterale Clearing zu einem multilateralen System auszubauen. Konkret bedeutete dies, daß die Salden der Länder des ersten Kreises untereinander verrechnet werden sollten. Eine Integration des Dienstleistungsverkehrs sowie der Nebenkosten des Warenverkehrs in das multilaterale Clearing war vorgesehen. Einzig

56 Ebd., Bl. 18.

57 Aktenvermerk von Dr. Wolff über eine Besprechung im Reichswirtschaftsministerium über Fragen der künftigen Gestaltung der Einfuhr am 11.7.1940, in: Archiv der Handelskammer Hamburg, 94.A.1.59; Bd. 5 [unpaginiert].

58 Aufzeichnung von Reichsbankdirektor Eicke über eine Sitzung des Schlotterer-Ausschusses mit dem Titel »Fragen der wirtschaftlichen Neugestaltung Europas« v. 15.7.1940, BA Berlin, R 2501/7017, Bl. 106-112, hier: Bl. 112.

beim Kapitalverkehr riet das Reichswirtschaftsministerium vorerst von einer Integration in das multilaterale Clearing ab. Die Konsequenzen dieser Idee sollen kurz an einem Beispiel illustriert werden: Wenn zum Beispiel Belgien etwas in Dänemark kaufen würde, würde die Kaufsumme als Soll für Belgien auf dem deutsch-belgischen Clearingkonto verbucht werden und als Haben für Dänemark auf dem dänischen Clearingkonto. Der zweite Kreis sollte vorerst nicht in das multilaterale Clearing einbezogen werden. Vorgeschlagen wurde, daß mit jedem südosteuropäischen Land einzeln verhandelt und abgerechnet werden sollte, diesem aber auf der anderen Seite als Handelspartner nicht mehr nur Deutschland, sondern alle Länder des ersten Kreises gegenüberstehen müßten. Ein Beispiel: Jugoslawien hätte mit Bulgarien weiter direkt abrechnen können, aber Lieferungen nach Belgien hätten auf dem deutsch-jugoslawischen Clearingkonto gutgeschrieben werden müssen.

In beiden Kreisen – so der Autor der Denkschrift – müsse das Verfahren zur Auszahlung von Clearingguthaben beschleunigt werden. Die Notenbanken beider Kreise sollten veranlaßt werden, entstandene Guthaben sofort an die Exporteure ihres Landes auszuzahlen: »Für beide Kreise wird dafür Sorge getragen werden müssen, daß bei der Verrechnung Verzögerungen in der Auszahlung nicht mehr entstehen [...] Es wird dies dadurch erreicht werden können, daß [...] beim Anwachsen der Clearing-Forderungen eines Landes die Banken dieses Landes durch die Gewährung von Krediten die sofortige Auszahlung ermöglichen.«⁵⁹ Was war der Sinn der Forderung? Vor allem der Verkehr mit den südosteuropäischen Ländern zeichnete sich dadurch aus, daß die deutschen Clearingschulden sehr hoch waren. Die Notenbanken der Länder waren deswegen nicht bereit, ihren Händlern den Ertrag für Lieferungen nach Deutschland auszubezahlen, ohne vorher entsprechende Gegenleistungen erhalten zu haben. Aus diesem Grund sank das Interesse südosteuropäischer Exporteure Deutschland zu beliefern, und den Deutschen entgingen wichtige Lieferungen an Nahrungsmitteln und Rohstoffen. Da der Bedarf bei Kriegsausbruch enorm gestiegen war, und Deutschlands Macht sich durch die Erfolge der Wehrmacht vergrößert hatte, forderte der Verfasser der Denkschrift, daß die Verluste von Lieferungen zu beenden seien. Die Notenbanken sollten trotz deutscher Clearingschulden gezwungen werden, ihre Exporteure sofort auszubezahlen. Dies hatte für die betroffenen Länder zur Folge, daß ihre Waren nach Deutschland geliefert wurden und das Warenangebot im Land abnahm. Zudem nahm der Geldumlauf durch die direkte Auszahlung im Land zu. Aufgrund dessen mußten sich in den unter deutschem Einfluß stehenden Gebieten inflationäre Tendenzen bemerkbar machen, wenn Deutschland nicht zum Ausgleich der Salden bereit war. Bezeichnenderweise findet sich in der Denkschrift des Reichswirtschaftsministeriums kein Vorschlag, wie Deutschland die Salden ausgleichen könnte.

Wie Schlotterer sich die Durchsetzung der Forderungen vorstellte, zeigte sich bei einem Vortrag Schlotterers vor Vertretern verschiedener Reichsministerien sowie Industriellen und Kaufleuten am 11. Juli: »Es steht fest, daß wir eine Anzahl von Ländern so in der Zange haben, daß wir sie bezüglich der Verrechnung vor ein ernstes

59 BAB, R 7/3283, Bl. 20.

Problem stellen müssen. Wir haben uns in Dänemark und Norwegen auf den Standpunkt gestellt, daß die Salden des Verrechnungsverkehrs keine Rolle mehr spielen. [...] Unsere Tendenz geht nun dahin, die europäischen Staaten mit List, Tücke und vielleicht Gewalt dahin zu bringen, ihre Waren nach Deutschland zu verkaufen und ihre Salden, wenn sie entstehen, in Berlin stehen zu lassen. [...] Wir wissen nicht, wie weit wir mit diesen Ideen durchdringen werden. Bei den besetzten Ländern dürfte das klar gehen.«⁶⁰

Am 15. Juli tagte der Schlotterer-Ausschuß erneut.⁶¹ Auf der Sitzung bildete die Auseinandersetzung mit Vorschlägen des Leiters des Instituts für Konjunkturforschung, Wagemann, den Schwerpunkt. Die beiden zentralen Ideen Wagemanns waren die Ersetzung der deutschen Clearingschulden durch »Aufbaufonds des Deutschen Reiches« und der Aufbau eines »Super-Clearings«⁶² in Berlin. Beide Vorschläge wurden jedoch insbesondere von Schlotterer verworfen und tauchten in der weiteren Diskussion nicht mehr auf. Kurz darauf versandte der stellvertretende Leiter der Länderabteilung der Hauptabteilung V, Carl Gisbert Schultze-Schlutius, eine Abhandlung mit dem Titel »Ausbau des deutschen Clearingsystems zu einem europäischen Zentralclearing« zur Genehmigung an Göring.⁶³ Er teilte in seinem beiliegenden Schreiben mit, daß er die Denkschrift auch den anderen beteiligten Ressorts zur Kenntnisnahme übersandt hatte und die schnellstmögliche Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen in die Wege leiten würde. Die Denkschrift kann als eine Präzisierung der Ausführungen vom 9. Juli betrachtet werden. Die wesentlichen Veränderungen bestanden in einer Ausdehnung der einzubeziehenden Staaten in den weiteren Kreis der Clearingabkommen⁶⁴ und in einer unnachgiebigeren Haltung

60 Aktenvermerk von Dr. Wolff (wie Anm. 57).

61 Aufzeichnung Eickes (wie Anm. 58).

62 Nach den Vorstellungen Wagemanns sollten alle europäischen Länder beim »Super-Clearing« an eine zentrale Verrechnungskasse in Berlin angeschlossen werden. Es müßte dabei die Möglichkeit bestehen den Handelsverkehr aller europäischen Staaten direkt untereinander abzurechnen. Die Idee wurde im Ausschuß abgelehnt, weil kein Interesse bestand den Handelsverkehr der europäischen Staaten untereinander zu fördern. Statt dessen sollten die meisten Waren des Großraums für die deutsche Kriegswirtschaft genutzt werden und ein Export zum Beispiel vom Protektorat nach Dänemark nur zugelassen werden, wenn dadurch später höherwertige dänische Produkte nach Deutschland gebracht werden konnten oder aber die Güter für die dänische Wirtschaft als unersetzlich bewertet wurden.

63 Vgl. BA Berlin, R 7/3283, Bl. 36-42. Die mir bekannten Fassungen der Denkschrift tragen keine Verfassersignatur. Overy, Economy (wie Anm. 4), S. 23, geht davon aus, daß die Denkschrift von Schlotterer stammt. Er benennt jedoch keine Quelle für diese Angabe. Freymond, Le IIIème Reich (wie Anm. 4), S. 174, der durch ein Interview mit Schlotterer einige Denkschriften zuordnen konnte, nennt für diese Ausarbeitung keinen Verfasser. Aufgrund der Äußerungen Funks am 22. und 25.7. hinsichtlich des Mittelmeerraums und der Sowjetunion, die er maßgeblich mit Schlotterer abgestimmt hatte, neige ich zu der Ansicht, daß Schlotterer nicht der Verfasser der Denkschrift ist.

64 In der Denkschrift vom 9.7. waren für den weiteren Kreis nur die Länder Südosteuropas vorgesehen, nun kamen Schweden, Schweiz, Italien, Griechenland, Spanien, Portugal, Sowjetunion und Iran als angedachte Teilnehmer hinzu.

gegenüber den Bedenken der anderen Staaten wegen der deutschen Clearingschulden. So sprach man sich gegen die Einbeziehung alter Kapitalverpflichtungen in das Clearing aus, weil man glaubte, das Problem der deutschen Verschuldung bei europäischen Staaten durch den militärischen Sieg auf besserem Wege lösen zu können. Hinsichtlich der Frage der steigenden deutschen Clearingverschuldung wurde nun offen der Standpunkt vertreten, daß die deutsche Verschuldung den anderen Ländern bis Kriegsende zuzumuten sei. Erst nach Kriegsende würde Deutschland die Schulden durch verstärkten Export abtragen. Festgehalten wurde an der Forderung, daß alle Länder die entstehenden Salden sofort auszahlen müßten. Die bisher geforderte Übertragbarkeit der Salden sollte zwar prinzipiell eingeführt werden, jedoch durch ein deutsches Vetorecht erweitert werden, »um unkontrollierte und für Deutschland nachteilige Saldenübertragungen [...] zu verhindern.«⁶⁵ Nachdem wesentliche Grundsätze der Besprechungen des Schlotterer-Ausschusses in einer Denkschrift an Göring fixiert waren, entschloß sich das Reichswirtschaftsministerium, mit den Plänen in die Öffentlichkeit zu gehen. Dies geschah in zwei Schritten: Zuerst informierte man die Reichsministerien, und anschließend hielt der Reichswirtschaftsminister eine Rede vor nationalen wie internationalen Pressevertretern.

4.4. Die Veröffentlichung

Am 22. Juli 1940 fand im Reichswirtschaftsministerium eine Chefbesprechung statt, bei der Funk den anderen Ressorts die entwickelten Richtlinien hinsichtlich der Neuordnungsplanung vorstellte.⁶⁶ In seinem einleitenden Statement wandte sich Funk – den Positionen des Schlotterer-Ausschusses folgend – gegen die Idee einer neuen Währung in Europa und die übereilte Schaffung von Währungs- und Zollunionen. Anschließend veranschaulichte er anhand einer Rohstoffbilanz, daß Deutschland auch in Zukunft nicht autark sei. Seiner Meinung nach müsse Deutschland aber weiter versuchen, wehrwirtschaftlich möglichst unabhängig zu werden und den Import aus den außereuropäischen Gebieten vorrangig zur Deckung zusätzlichen Bedarfs nutzen. Den Prämissen verpflichtet gab Funk die Parole aus: »Autarkie und Export«.

65 BA Berlin, R 7/3283, Bl. 42.

66 Anhand der Teilnehmerliste läßt sich die Bedeutung der Sitzung erkennen. Fast alle Reichsminister waren persönlich erschienen, einige schickten ihre Staatssekretäre, und ausschließlich das Auswärtige Amt und das Reichsverkehrsministerium waren nur durch Beamte vertreten. Der Vermerk über die Sitzung findet sich in: BA Berlin, R 7/592, Bl. 16–22. Ursprünglich war die Sitzung für den 12.7. geplant. Dies veranlaßte Schumann zu der Spekulation, daß die Sitzung verlegt worden wäre, um das Ergebnis der Beiratssitzung der Reichsgruppe Industrie vom 18.7. abzuwarten (vgl. Wolfgang Schumann, Die »Neuordnungs«-Pläne des faschistischen deutschen Imperialismus in Europa, in: Bulletin des Arbeitskreises »Zweiter Weltkrieg« 3 und 4 (1971), S. 7–44, hier: S. 24). Vergleicht man jedoch die Besprechungen, läßt sich feststellen, daß sich die Sitzung der Reichsgruppe Industrie im wesentlichen um Fragen der Lohnpolitik kümmerte, während sich Funks Ausführungen vor allem auf die Währungs- und Außenhandelspolitik bezogen. Es ist also eher anzunehmen, daß die Sitzung verlegt wurde, um die Ergebnisse der Diskussionen im Schlotterer-Ausschuß abzuwarten.

Den Handel im Großraum sollte zukünftig statt des bilateralen ein multilaterales Verrechnungssystem organisieren. Berlin sollte zentraler Warenmarkt und die deutschen Hafenstädte Zentren des Warenverkehrs in Europa werden. Innerhalb des Großraums verortete Funk zwei Ländergruppen: Eine Gruppe, die einen ähnlichen Lebensstandard wie Deutschland hatte und eine zweite Ländergruppe, die einen niedrigeren Lebensstandard auswies. Damit trat Funk gegen die Denkschrift vom 19. Juli ein, die beispielsweise die von ihm in den ersten Kreis gestellte Schweiz erst im weiteren Kreis sah. Zudem bezog Funk Position für eine engere wirtschaftliche Verflechtung mit Frankreich. Für den Verkehr mit Übersee brauche man eine freie Währung. Um dies zu erreichen, sei eine Kriegsentschädigung von England sehr hilfreich. Gedacht würde an eine Summe von zehn Milliarden Reichsmark, der Betrag sollte in einen Manipulationsfonds fließen: »Die Devisen brauchen wir nicht als Deckung für unsere Währung, sondern lediglich als Manipulationsfonds für die ersten Einfuhren und die Beseitigung der Rationierung.«⁶⁷ Im Zuge der Strukturierungsmaßnahmen müßten auch die verschiedenen Mark-Sorten vom Markt gezogen werden. Der siegreiche Krieg würde das Problem der deutschen Auslandsverschuldung lösen – so Funk. Das Problem der Verschuldung gegenüber England, Frankreich, den Niederlanden und der Schweiz würde seiner Meinung nach bei Kriegsende gelöst sein. Für die deutschen Schulden in den USA gedachte Funk eine Form der prozentualen Abfindung möglich zu machen.

Im Anschluß an Funks Ausführungen kam es zur Diskussion. Der Reichsfinanzminister forderte, die Reichsmark in ein normales Verhältnis zu den freien Auslandswährungen zu bringen, also abzuwerten und auf jeden Exportzuschuß im Außenhandel zu verzichten. Funk antwortete: »Es ist nach Beendigung des Krieges nicht die Zeit, die Reichsmark abzuwerten, sondern die anderen europäischen Länder müssen sich nach der Mark ausrichten. Schwierig ist das Goldproblem in den USA. Wenn Amerika noch etwas mit dem Gold anfangen will, bleibt nichts anderes übrig, als daß es den Dollar aufwertet.«⁶⁸ Funk schloß sich also den entschieden gegen eine Abwertung der Reichsmark plädierenden Gruppen an, die sich vor allem aus den Reihen der Reichsbank rekrutierten. Er schob das Währungsproblem auf die Wirtschaftspolitik der USA; der Dollar sollte aufgewertet werden, ein Vorgang, der den Preis deutscher Produkte in Amerika konkurrenzfähig gestalten würde. Gold schloß Funk vorerst als Deckungsgrundlage für die deutsche Währung aus, da der Großteil des Goldes in den USA lag und Deutschland keinen Einfluß auf deren Politik besaß. Doch war auch Funk kein prinzipieller Gegner des Goldstandards, denn er betonte: »Die freie Mark wird eines Tages wieder Gold sein.«⁶⁹ Wie die Vertreter der Reichsbank, hielt Funk das Goldwährungssystem vorerst für nicht ersetzbar. Für die Zeit des Krieges und des deutschen Gold- und Devisenmangels schien ihm allerdings eine Rückkehr zur Golddeckung nicht sinnvoll.

67 BA Berlin, R 7/592, Bl. 18.

68 Ebd., Bl. 20.

69 Ebd., Bl. 18.

Drei Tage nach der Chefbesprechung hielt Funk eine Rede vor Vertretern der deutschen Presse und den noch in Berlin akkreditierten ausländischen Pressevertretern.⁷⁰ Zur Frage, warum das Reichswirtschaftsministerium mit den Plänen an die Öffentlichkeit trat, gibt es zwei Versionen: Funk selbst behauptete, er sei vom Auswärtigen Amt und vom Propagandaministerium gedrängt worden, die Rede zu halten, um den in der Auslandspresse verbreiteten Gerüchten entgegenzutreten, daß Schacht von Hitler beauftragt sei, Vorschläge zu einer europäischen Währungspolitik zu machen.⁷¹ Im Goebbels-Tagebuch heißt es hingegen: »Funk beschwert sich gegen Schacht, der in der Auslandspresse für sich Reklame machen läßt. Ich lasse dafür Funk vor der Auslandspresse sprechen.«⁷² Da insbesondere das Auswärtige Amt kein Interesse an der Veröffentlichung der Pläne gehabt haben dürfte, scheint die zweite Version, die von einer Initiative des Reichswirtschaftsministeriums ausgeht, die glaubhaftere zu sein. Teile der Rede waren an die kollaborationswilligen Eliten in Nord- und Westeuropa gerichtet. Funk prophezeite ihnen, daß im Verbund mit Deutschland ein Anstieg des Lebensstandards zu erwarten war. Den Ländern Südosteuropas machte Funk keine großen Versprechen. Er stellte klar, daß der Lebensstandard in Europa zur Zeit nicht in allen Ländern der gleiche sei und daß dies auch in Zukunft kein politisches Ziel sei. Deutlicher hatte Schlotterer einen Tag zuvor auf einer reichsinternen Pressekonferenz den Standpunkt dargelegt: Der Lebensstandard in Nord- und Westeuropa sollte nicht sinken und eine ähnliche Qualität besitzen wie in Deutschland. Das Prinzip galt – so Schlotterer – jedoch nur für »Länder, die uns rassisch nahestehen«⁷³. Für die Balkanländer kam eine Angleichung des Lebensstandards nach Schlotterer nicht in Frage. Hinsichtlich der Gestaltung des Zahlungsverkehrs in Europa hielt Funk sich inhaltlich eng an die Aussagen in der Denkschrift, die Göring am 19. Juli zugesandt worden war. Bezüglich des Handels mit den außereuropäischen

70 Die erste Fassung der Rede war von Gustav Schlotterer geschrieben worden. Vgl. Freymond, *Le IIIème Reich* (wie Anm. 4), S. 117. Anschließend ließ Funk die Rede noch von einem Reichsbankmitarbeiter überarbeiten. Vgl. die handschriftlichen Veränderungen in einem Probedruck der Rede, in: BA Berlin, R 2501/7178. Ein Exemplar der Fassung, die dann im »Südost-Echo« v. 26.7.1940 abgedruckt wurde, findet sich in: BA Berlin, R 43 II/311, Bl. 56-67.

71 So Funk in einem Schreiben an Lammers v. 30.7.1940, in: ADAP (wie Anm. 40), Serie D; Bd. X, Dok. 261, S. 303. Tatsächlich wurde zum Beispiel in der holländischen Zeitung »De Telegraaf« am 15.7 behauptet, daß Schacht von Hitler im Februar beauftragt worden wäre, einen Plan zur wirtschaftlichen Organisation Europas auszuarbeiten. Da die Behauptung nicht zutrifft, kann man vermuten, daß die Zeitung die deutschen Stellen zu einer Stellungnahme bewegen wollte. Interessant ist allerdings, was der Artikel im weiteren zu den in Deutschland kursierenden Ideen berichtet: »Im wesentlichen kann man zwei Gruppen unterscheiden: nach der einen sollen die Währungen der kleinen Länder bestehen bleiben, um eventuell an die Reichsmark gekoppelt zu werden, während die andere Gruppe eine Art interkontinentales Zahlungsmittel eingeführt wissen will.« Damit kamen die Spekulationen holländischer Kreise den Gegebenheiten schon recht nahe. Eine Kopie des Artikels findet sich in: BA Berlin, R 8119F/P 10877.

72 Eintrag v. 25.7.1940, in: Elke Fröhlich (Hg.), *Die Tagebücher von Joseph Goebbels, Sämtliche Fragmente, Teil I: Aufzeichnungen*, München 1987; Bd. 4, S. 253.

73 BA Koblenz, Nachlaß Backe, N 1075/9.

Gebieten orientierte er sich hingegen an seinen Ausführungen auf der Chefbesprechung.⁷⁴ Von herausragender Bedeutung ist Funks Rede, weil sie die erste offizielle deutsche Äußerung zu wirtschaftlichen Nachkriegsplänen war. Dementsprechend war die ausländische Medienresonanz enorm. Vor allem die englische Regierung sah sich durch die Rede unter Druck gesetzt und hielt es für wichtig, den deutschen Planungen eigene Konzepte zur europäischen Wirtschaftsordnung nach einem britischen Kriegserfolg entgegenzustellen.⁷⁵

In Deutschland liefen nun die Bemühungen, die Verlautbarungen in die Praxis umzusetzen, an. Um dies zu ermöglichen, faßte Ministerialrat Ludwig Imhoff vom Reichswirtschaftsministerium die bisherige Debatte in »Richtlinien« zusammen.⁷⁶ Ziel der Denkschrift war es, die erreichten Ergebnisse zu präzisieren und als Vorgabe für andere Ministerien handhabbar zu sein. Neue Aspekte enthielt sie kaum. Am 6. August schrieb Funk einen Brief an Göring, in dem er die künftige Ausrichtung seiner Arbeiten zur Neuordnungsplanung vorstellte und bat, diese zu genehmigen. Beim Brief handelte es sich um eine nochmals gekürzte Fassung der »Richtlinien«. Göring genehmigte Funks Programm am 17. August hinsichtlich der Zielvorstellungen, ohne allerdings konkreter auf die von Funk vorgeschlagenen Maßnahmen einzugehen. Zudem merkte er an, daß insbesondere die Planungen für die Nachkriegszeit auf unsicherem Boden ständen, da politische Entscheidungen noch nicht gefallen seien.⁷⁷ Das hielt das Reichswirtschaftsministerium aber nicht davon ab, zumindest die hinsichtlich der Währungsfragen festgehaltenen Ergebnisse in die Praxis umzusetzen. An sich waren damit zentrale Entscheidungen über die künftige Währungspolitik im deutsch kontrollierten Europa gefallen. Derweil versuchte jedoch eine andere Reichsbehörde ihre eigenen Vorstellungen durchzusetzen.

5. Das Scheitern des Präzedenzfalles: Dänemark⁷⁸

Bereits in der ersten Denkschrift des Auswärtigen Amtes zur künftigen Großraumwirtschaft vom 30. Mai hatte der stellvertretende Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung, Carl Clodius, geschrieben, daß er die Schaffung von Währungs- und Zollunionen mit den besetzten nord- und westeuropäischen Staaten für die beste Lösung

74 Hier konnte er sich nicht am Schlotterer-Ausschuß orientieren, da dort kaum über außereuropäische Gebiete diskutiert wurde.

75 Aus dem Zusammenhang stammen die am Beginn des Aufsatzes zitierten Äußerungen Keynes. Keynes hielt die Pläne Funks für wirtschaftlich sinnvoll und riet der britischen Regierung sich nicht als Vertreter eines dogmatischen Freihandelsliberalismus aufzuspielen, sondern lieber an der »bona fide« der deutschen Pläne zu zweifeln. Vgl. die in Anm. 1 u. 2 angegebenen Quellen.

76 Die Richtlinien finden sich in: BA Berlin, R 2/230 [unpaginiert]. Zur Frage des Verfassers vgl. Freymond, *Le IIIème Reich* (wie Anm. 4), S. 237.

77 Die Briefe finden sich in: BA Berlin, R 7/592, Bl. 101-102.

78 In der Forschung wurden die deutschen Verhandlungen mit Dänemark im Sommer 1940 bereits mehrfach zur Kenntnis genommen. Der enge Zusammenhang mit der währungspolitischen Neuordnungsplanung und die Tatsache, daß es hinsichtlich der Pläne unter-

hielt.⁷⁹ Doch kurz darauf verlor das Auswärtige Amt die Kämpfe um die Zuständigkeit für diese Fragen. Nur in Dänemark behielt es maßgebliche Kompetenzen auf wirtschaftlichem Gebiet, weil die dänische Regierung freiwillig kapituliert hatte und ihr so – im Gegensatz zu den Niederlanden und Norwegen – die Abstellung eines deutschen Reichskommissars erspart blieb. Aus dem Grund blieb der deutsche Botschafter der wichtigste Vertreter des Reiches in Dänemark. In Kopenhagen amtierte auf dieser Stelle seit 1936 Cécil von Renthe-Fink. Am 22. Juni sandte er einen Bericht mit seinen Vorstellungen über die »Zukünftige Gestaltung des deutsch-dänischen Verhältnisses«⁸⁰ ans Auswärtige Amt. Renthe-Fink schlug vor, mit Dänemark so schnell wie möglich einen staatsrechtlichen Vertrag abzuschließen, der als Musterbeispiel für andere Länder dienen könnte, und betonte: »Die beste Gewährung für die Einbeziehung Dänemarks in den großdeutschen Raum würde in der Schaffung einer Wirtschaftsunion bestehen, wobei es offen bleiben kann, ob auch eine Währungseinheit notwendig erscheint.«⁸¹ Dem Bericht folgte einen Monat später eine Denkschrift des Renthe-Fink unterstellten Beauftragten für Wirtschaftsfragen in Kopenhagen, Walter Ebner, in dem detaillierter auf die zukünftigen Wirtschaftsbeziehungen mit Dänemark eingegangen wurde.⁸² Ebner hielt eine deutsch-dänische Währungsunion für sinnvoll. Überraschenderweise argumentierte er vor allem aus der Perspektive der dänischen Landwirtschaft: »Insbesondere für die dänische Landwirtschaft wäre eine Preisangliederung an Deutschland bei Aufrechterhaltung der jetzigen Parität Krone zu Reichsmark vorteilhaft, zumal sie von ihren hohen Schulden gleichzeitig stark entlastet würde.«⁸³ Ebner selbst hielt eine Währungs- und Zollunion für vorteilhaft, weil sie ihm den Zufluß der als wichtig erachteten dänischen Lebensmittelproduktion nach Deutschland am besten zu gewährleisten schien.

Als Ebner die Vorschläge ans Auswärtige Amt übersandte, war bereits Bewegung in die deutsch-dänische Diplomatie gekommen. Am 9. Juli erschien in der Berliner-

schiedliche Fraktionen in Deutschland gab, wird jedoch weitgehend übersehen. Am detailliertesten Schumann, Scheitern (wie Anm. 5). Zur deutschen Besatzungspolitik in Dänemark Fritz Petrick (Hg.), *Europa unterm Hakenkreuz*; Bd. 7: Die Okkupationspolitik des deutschen Faschismus in Dänemark und Norwegen (1940-1945), Heidelberg 1992; Erich Thomsen, *Deutsche Besatzungspolitik in Dänemark 1940-1945*, Düsseldorf 1971, sowie Vera Köller, *Der deutsche Imperialismus und Dänemark 1933-1945. Unter besonderer Berücksichtigung der Wirtschaftspolitik*, Berlin (Ost) 1966 (Diss. HU Berlin).

79 Vgl. Anm. 40.

80 Der Bericht v. 22.6.1940 findet sich in: ADAP (wie Anm. 40), Serie D; Bd. IX.2, Dok. 532, S. 566-567.

81 Ebd., S. 566.

82 Als Beauftragter für Wirtschaftsfragen war Ministerialrat Walter Ebner vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft abgestellt worden. An der Tatsache, daß der Posten vom Landwirtschaftsministerium und nicht vom Wirtschaftsministerium besetzt wurde, läßt sich erkennen, daß Dänemark für Deutschland im wesentlichen als Lieferant landwirtschaftlicher Produkte von Bedeutung war. Ebners Denkschrift ist abgedruckt bei Schumann, Scheitern (wie Anm. 5), S. 532-540.

83 Ebd., S. 539.

Börsen-Zeitung eine Sonderseite zum aktuellen deutsch-dänischen Verhältnis mit einem Beitrag des neuen dänischen Außenministers Erik Scavenius.⁸⁴ In dem Artikel nahm Scavenius so positiv zur neuen deutschen Hegemonialposition Stellung, daß der Aufsatz in Deutschland auf große Zustimmung stieß. Renthe-Fink nahm dies zum Anlaß, der dänischen Regierung vorzuschlagen, eine Delegation nach Berlin zu entsenden, um eine engere Zusammenarbeit zu erreichen. Dem stimmte die dänische Regierung zu. Am 17. Juli brach der Direktor⁸⁵ des dänischen Außenministeriums, Otto Mohr, nach Berlin auf. Dort traf er auch zu einem Gespräch mit dem Botschafter zur besonderen Verwendung (z. B. V.), Karl Ritter⁸⁶, zusammen, einem der entschiedensten Befürworter von Zoll- und Währungsunion im Auswärtigen Amt. Laut Mohrs Aufzeichnungen hatte Ritter ihn gefragt, ob er für Wirtschaftsverhandlungen auch vor einem Friedensschluß bereit sei, was Mohr befüwortete. Danach hatte Ritter sich insbesondere über die Vorteile einer Senkung der Zölle mit ihm unterhalten, so Mohr.⁸⁷ Ritter deutete die Zustimmung von Mohr hingegen als Initiative der Dänen: »Die Initiative der Dänischen Regierung ist m. E. eine politisch bedeutsame und verwertbare Tatsache. Unbeschadet der bisher bestehenden Absichten über das Tempo, in dem die besetzten Gebiete dem deutschen Großraum angegliedert oder eingegliedert werden sollen, halte ich es für richtig, daß diese dänische Initiative aufgenommen und daß schnell ein Wirtschaftsvertrag mit Dänemark abgeschlossen wird. Ein solcher Vertrag wäre sowohl gegenüber den anderen besetzten Staaten (Norwegen, Holland, Belgien, Luxemburg) bedeutungsvoll, als auch allgemein politisch gegenüber dem Ausland. [...] Das Ziel solcher Verhandlungen kann nur eine allgemeine Wirtschaftsunion sein.«⁸⁸ Ritter sprach sich also dafür aus, unabhängig von den bisherigen

84 Scavenius hatte den Beitrag bereits zugesagt bevor er am 6. Juli zum Außenminister ernannt wurde. Nach der Ernennung legte Scavenius seinen Beitrag dem dänischen Staatsminister vor, der den Abdruck genehmigte. Vgl. Gustav Meissner, *Dänemark unterm Hakenkreuz: die Nord-Invasion und die Besetzung Dänemarks 1940-1945*, Berlin 1990, S. 126. Meissners Buch ist mit Vorsicht zu behandeln, da es sich primär auf seine Erinnerungen als Presseattaché bei der deutschen Botschaft in Kopenhagen stützt.

85 Die Position ist mit der des Staatssekretärs in Deutschland vergleichbar.

86 Ritter wurde am 6.6.1883 geboren. Er schloß das Studium der Rechtswissenschaften mit einer Dissertation ab und war anschließend im Reichskolonialamt tätig. In der Weimarer Republik trat er zum Auswärtigen Amt über, wo er 1929 zum Leiter der Wirtschaftspolitischen Abteilung aufstieg. 1937 wurde er zum deutschen Botschafter in Brasilien ernannt. Der neue Außenminister Joachim von Ribbentrop holte ihn 1938 zurück nach Berlin und betraute ihn mit den Wirtschaftsfragen in der »zerschlagenen« Tschechoslowakei. Nach Kriegsausbruch ernannte man Ritter zum Botschafter zur besonderen Verwendung mit der Aufgabe, alle Fragen der Handelspolitik und des Wirtschaftskrieges im Auswärtigen Amt zu koordinieren. Nach Beendigung der Verhandlungen mit Dänemark wurde er Ribbentrops Verbindungsmann zum Oberkommando der Wehrmacht, was er bis Kriegsende blieb. 1949 verurteilten US-Richter Ritter im Wilhelmstraßen-Prozeß zu vier Jahren Haft.

87 Mohrs Aufzeichnung ist auszugsweise abgedruckt bei Meissner, *Dänemark* (wie Anm. 84), S. 127 f.

88 Aktenvermerk Ritters v. 19.7.1940, in: ADAP (wie Anm. 40), Serie D; Bd. X, Dok. 189, S. 204-205, hier: S. 205.

Planungen in Dänemark einen Präzedenzfall zu schaffen. Um seine Vorstellungen durchsetzen zu können bemühte sich Ritter, schnellstmöglich vom Reichsaußenminister Joachim von Ribbentrop – und noch wichtiger über diesen von Hitler selbst – die Genehmigung für die Verhandlungen zu erhalten. Bereits am 25. Juli teilte Ribbentrop Ritter mit, daß es ihm gelungen sei, die Zustimmung Hitlers für die Verhandlungen mit Dänemark zur Schaffung einer Wirtschaftsunion zu erhalten.⁸⁹ Ritter wurde zum Verhandlungsführer ernannt. Abgesichert durch Hitlers Unterstützung konnte Ritter die anderen Ministerien unterrichten. Auf der Sitzung des Handelspolitischen Ausschusses am 27. Juli teilte Ritter den Vertretern der anderen Ressorts mit, daß das Auswärtige Amt Verhandlungen mit Dänemark aufgenommen hätte, die eine Zoll- und Währungsunion zum Ziel hätten. Das Protokoll der Sitzung verzeichnete keine Diskussion zum Thema, sondern nur die Zustimmung des Ausschusses hinsichtlich des vorgeschlagenen Vorgehens.⁹⁰ Einen Tag später lag bereits ein erster Vertragsentwurf zur Herstellung einer Zoll- und Währungsunion mit Dänemark vor, der von Albert Hilger van Scherpenberg, Referent des Nordeuropa-Referats der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Auswärtigen Amtes, verfaßt wurde. Die wichtigsten Bestimmungen verlangten ein freies Niederlassungsrecht (Punkt V), die Herstellung eines einheitlichen Zollgebietes (Punkt VI), die Einführung der Reichsmark als gesetzliches Zahlungsmittel in Dänemark (Punkt XII) sowie die deutsche Kontrolle bei Wirtschaftsverhandlungen mit dritten Staaten (Punkt XV). Um die Realisierung und Einhaltung des Vertrages sicherzustellen, sollte ein Verwaltungsrat der Wirtschaftsgemeinschaft in Berlin eingerichtet werden (Punkt XIV). Der Vertrag sollte bis 1950 Gültigkeit besitzen (Punkt XVIII).⁹¹ Der Entwurf wurde am 29. Juli von einer Expertenkommission der wichtigsten Ressorts besprochen. Laut Schumann wurde beschlossen, daß der Entwurf des Auswärtigen Amtes mit einem des Reichswirtschaftsministeriums abgeglichen und aus beiden Papieren ein Neuentwurf erarbeitet werden sollte.⁹²

Am 30. Juli traf Ritter zu weiteren Verhandlungen in Kopenhagen ein. Er konferierte mit Vertretern des dänischen Außenministerium, der Notenbank und der Industrie, die sich teilweise skeptisch gegenüber den deutschen Plänen äußerten. Ritter zufolge waren die Dänen besorgt: »erstens wegen des Umrechnungsverhältnisses der Mark zur Krone; zweitens wegen meiner Forderung, daß die Reichsmark in Dänemark gesetzliches Zahlungsmittel wird; drittens baten die Herren um Zusicherungen, daß die dänische Industrie und Landwirtschaft nicht kaputt gemacht werden. Zu dem

89 Aktenvermerk Ritters v. 26.7.1940, in: Ebd., Dok. 229, S. 244 f.

90 Abgedruckt bei Schumann, Scheitern (wie Anm. 5), S. 541 f. Der 1925 gegründete Handelspolitische Ausschuss war das interministerielle Gremium zur Lenkung der deutschen Außenhandelspolitik. Gemäß des Einflusses stellte das Auswärtige Amt den Vorsitzenden und das Reichswirtschaftsministerium dessen Stellvertreter.

91 Abgedruckt bei Schumann, Scheitern (wie Anm. 5), S. 544–548.

92 Vgl. ebd., S. 523 f. Da weder der Entwurf des Reichswirtschaftsministeriums noch die geplante Neufassung als Dokumente vorliegen, kann gegenwärtig nicht rekonstruiert werden, wie die Diskussionen verliefen und welche Einwände gegen die Vorschläge des Auswärtigen Amtes erhoben wurden.

dritten Punkt konnte ich beruhigende Zusicherungen machen. Die beiden ersten Punkte blieben offen.«⁹³ Man vereinbarte, das weitere Vorgehen sowie die Antworten auf die dänischen Besorgnisse Anfang August in Berlin zu diskutieren. Währenddessen begannen sich sowohl in Dänemark wie in Deutschland die Gegner der Pläne zu sammeln. Im folgenden wird im wesentlichen auf die Einsprüche deutscher Stellen eingegangen.⁹⁴ Parallel zu den Verhandlungen mit der eingetroffenen dänischen Delegation fand am 5. August im Reichswirtschaftsministerium eine Besprechung unter dem Vorsitz Schlotterers statt.⁹⁵ Es handelte sich um die erste der von Funk auf der Chefbesprechung am 22. Juli angekündigten interministeriellen Konferenzen zur Neuordnungsplanung. Anwesend waren Vertreter von Reichswirtschaftsministerium, Auswärtigen Amt, Vierjahresplanbehörde, Reichsbank, Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft und Reichsfinanzministerium. Im Rahmen der Versammlung sollten die zukünftigen Ressortaufgaben abgestimmt werden und das vorliegende Papier »Richtlinien« verabschiedet werden. Aufgrund der aktuellen Ereignisse trat jedoch das Thema Dänemark in den Mittelpunkt der Sitzung. Schlotterer verlangte in seinen einführenden Worten, auf Schlagwörter wie Währungsunion zu verzichten. Ministerialdirigent Fritz Berger (Reichsfinanzministerium) sagte: »Man darf aber nicht dazu kommen, die sich anbahnenden Preisangleichungen auf das Währungsgebiet abzuschieben, wie es von einigen Stellen offenbar bei dem Abkommen mit Dänemark beabsichtigt sei. Es muß befürchtet werden, daß derartige währungspolitische Manipulationen Schule machen und den ganzen Funk-Plan gefährden.« Clodius vertrat für das Auswärtige Amt den Standpunkt, daß die besetzten Gebiete »währungsmäßig [...] möglichst vollkommen und bald einbezogen werden«. Dem widersprach die Reichsbank. Eugen Einsiedel⁹⁶ »warnt grundsätzlich vor der

93 Aktenvermerk Ritters v. 3.8.1940, in: ADAP (wie Anm. 40), Serie D; Bd. X, Dok. 268, S. 315–318, hier: S. 317.

94 Die Gruppierung der Gegner in Dänemark wurde bisher wesentlich genauer erforscht als jene in Deutschland; insbesondere bei Schumann, der das Scheitern ausschließlich den dänischen Gegnern zuschreibt, während er in Deutschland eine geschlossene Front von Befürwortern der Währungsunion sieht, was nicht zutrifft. Vgl. Schumann, Scheitern (wie Anm. 5), S. 527 u. 548–553.

95 Vgl. Aufzeichnung über eine Ressortbesprechung im Reichswirtschaftsministerium am 5.8.1940, BA Berlin, R 2/230 [unpaginiert]. Die folgenden Zitate aus der Sitzung stammen aus dieser Quelle.

96 Einsiedel wurde am 1.11.1896 in Gernersheim (Bayern) geboren. Er stieg im Ersten Weltkrieg zum Oberstleutnant auf und kämpfte nach Kriegsende in Freikorps im Baltikum. Als er 1920 aufgrund der Truppenreduzierung entlassen wurde, wechselte er zur Reichsbank. Dort übernahm er 1939 die Leitung der Volkswirtschaftlichen und Statistischen Abteilung. Einsiedel galt als Spezialist auf dem Gebiet der Währungspolitik und dürfte von entscheidender Bedeutung für die Positionierung der Reichsbank in der Neuordnungsplanung gewesen sein. Des weiteren entwickelte er sich zu einem der Besatzungsfachleute der Reichsbank: 1939 wurde er zwei Wochen zur neugegründeten Slowakischen Nationalbank in Preßburg abgeordnet und 1941 verbrachte er mehrere Wochen bei der Serbischen Nationalbank in Belgrad. Ein Jahr später gab Einsiedel schließlich die Leitung der Volkswirtschaftlichen Abteilung ab, um das Amt des Präsidenten der Zentralnotenbank der Ukraine zu übernehmen.

Währungsunion als Ausgangspunkt für den Aufbau Europas und weist auf das Beispiel Dänemark hin«.

Schlotterer stimmte den Ausführungen Einsiedels bei, gab aber zu bedenken, »daß leider auch die Politik in diesen Fragen mitsprechen müsse und die bestehenden Führerentscheidungen ausgeführt werden müßten«. Schlotterer und Einsiedel bezogen also in aller Klarheit Position gegen die Verhandlungen des Auswärtigen Amtes mit Dänemark. Schlotterer mußte jedoch eingestehen, daß ein Widerstand gegen die Verhandlungen mit Dänemark an Grenzen stoße, da die Strategie des Auswärtigen Amtes Hitlers Zustimmung gefunden hätte. Dem entgegnete Görings Vertreter: »Kadgiehn⁹⁷ erklärt, daß die Wirtschaftsgemeinschaft mit Dänemark aus wirtschaftlichen und politischen Gründen sehr wünschenswert sei und ein volles Aufgehen Dänemarks im deutschen Wirtschaftskörper auf dem Wege über die Währungsunion erreicht werden müsse.« In der Sitzung bezogen Reichswirtschaftsministerium, Reichsfinanzministerium und Reichsbank Stellung gegen die Errichtung einer Zoll- und Währungsunion, während Auswärtiges Amt und Vierjahresplanbehörde das Vorgehen verteidigten. Berger betonte die paradigmatische Bedeutung der Verhandlungen mit Dänemark, indem er darauf aufmerksam machte, daß – gesetzt den Fall, das Auswärtige Amt wäre erfolgreich – der Funk-Plan hinfällig sein dürfte.⁹⁸

Am selben Tag verhandelten Ritter und Ministerialrat Ludwig (Reichswirtschaftsministerium) mit der dänischen Delegation. Als diese sich widerstrebend zeigte, bot Ritter weitgehende Zugeständnisse an. Er erklärte sich bereit, die Einführung der Reichsmark in Dänemark zeitlich zu verschieben und signalisierte auch hinsichtlich des Umrechnungskurses Verhandlungsbereitschaft. Gegen das Vorgehen Ritters bezog am nächsten Tag die Reichsbank Stellung: »Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in Dänemark für eine Währungsunion mit Deutschland noch nicht reif sind.«⁹⁹ Auch Ritters Vorschlag, den Dänen hinsichtlich der Kursparität entgegenzukommen, stieß auf den Widerwillen der Reichsbank: »Die Kursrelation dürfte schon aus Prestige Gründen keinesfalls von dem bei der Besetzung

97 Gemeint ist der Ministerialrat der Vierjahresplanbehörde, Friedrich Kadgien. Zur Person vgl. Unabhängige Expertenkommission Schweiz – Zweiter Weltkrieg (Hg.), *Die Schweiz, der Nationalsozialismus und der Zweite Weltkrieg*, Schlußbericht, Zürich 2002, S. 399 u. 458.

98 Die von Berger zur Sprache gebrachte Differenz zwischen den Plänen des Auswärtigen Amtes und des Reichswirtschaftsministeriums halte ich für stimmig. Meiner Meinung nach zeigt sich spätestens hier, daß einige Aussagen der bisherigen Forschung zur Neuordnungsplanung nicht zutreffen. So ist die Behauptung Umbreits, Kontinentalherrschaft (wie Anm. 4), S. 21, die Ziele der Wirtschaftsressorts unterschieden sich nicht sonderlich von den Gedankengängen, die im Auswärtigen Amt angestellt worden waren, nicht haltbar. Auch die von Herbst, *Der Totale Krieg* (wie Anm. 4), S. 130, geäußerte Ansicht, alle »zur Planung aufgerufenen Instanzen hielten sich in ihrer Unsicherheit vielmehr an die Grundanschauungen Hitlers«, ist für die wirtschaftliche Neuordnungsplanung wenig stichhaltig. Statt dessen genehmigte Hitler sowohl die Pläne des Auswärtigen Amtes wie des Reichswirtschaftsministeriums und die Entscheidung welcher Plan sich durchsetzte, fiel ohne ein Eingreifen Hitlers.

99 Reichsbankdenkschrift »Zur Frage einer Währungsunion zwischen Deutschland und Dänemark« v. 6.8.1940, BA Berlin, R 2501/7017.

festgelegten Militärrechnungskurs abweichen und hätte 1 Reichsmark = 2 Dänenkronen zu lauten. [...] Dänemark wird sich in Zukunft ohnehin wirtschaftlich nach Deutschland auszurichten haben, und der Umstand, daß es sich um ein besetztes Gebiet handelt, fällt auch ins Gewicht. [...] Außer den gegen ein solches Entgegenkommen bereits vorgebrachten Argumenten spricht dagegen die Erwägung, daß kein Präzedenzfall geschaffen werden sollte. Beim Aufbau des europäischen Währungssystems müßten sonst zweifellos auch den Norwegern, Schweden, Belgiern, Holländern usw. Zugeständnisse gemacht werden, und damit würde praktisch eine Abwertung der Reichsmark erzielt.« Am selben Tag verhandelten die Delegationen weiter ohne eine Einigung zu erzielen und vertagten sich auf ein Treffen in der folgenden Woche in Dänemark. Als dort erneut ergebnislos verhandelt wurde, stellte Ritter den Dänen ein Ultimatum von einer weiteren Woche zur Entscheidungsfindung. Nach dessen Ablauf verkündete der dänische Minister Gunnar Larsen, daß sich Dänemark vorerst nicht in der Lage sähe, eine Währungs- und Zollunion mit Deutschland abzuschließen. Ritter erklärte die Verhandlungen damit als ergebnislos beendet. Der Versuch des Auswärtigen Amtes, einen anderen Kurs in der wirtschaftlichen Besatzungspolitik durchzusetzen, war gescheitert.

6. Die Bilanz der Neuen Ordnung

Durch die Ausschaltung des Auswärtigen Amtes, als letzter konkurrierender Instanz, war die Entscheidung, die besetzten Gebiete in nächster Zukunft nicht durch Währungs- und Zollunionen an Deutschland zu binden, gefallen. Federführend hatten die Reichsbank und das Reichswirtschaftsministerium den Vorschlag durchsetzen können, den Zahlungsverkehr weiterhin über die Clearingkonten der Deutschen Verrechnungskasse laufen zu lassen und die Reichsmark nicht in den Ländern als offizielles Zahlungsmittel einzuführen. Diese Politik wurde bis Kriegsende nicht revidiert. Mit der gestiegenen deutschen Macht systematisierte und verschärfte man das System, mit dem es gelungen war, den Großteil der Waren der südosteuropäischen Länder für die deutsche (Kriegs-)Wirtschaft zu nutzen. Hierbei spielte das verabschiedete währungspolitische Vorgehen eine zentrale Rolle. Als erstes wurde die Reichsmark gegenüber den Währungen der besetzten Gebiete überbewertet. Des weiteren wurden die Notenbanken gezwungen, die durch die deutschen Importüberschüsse entstehenden Salden sofort auszubezahlen.¹⁰⁰ Die Maßnahme ermöglichte es, das industrielle Potential der Länder zur Produktion weiter zu nutzen. Die produzierten Waren flossen jedoch nur zu einem Teil in die Volkswirtschaft der besetzten Länder, ein großer Teil wurde für die deutsche Kriegswirtschaft eingesetzt. Dabei erhielt das

100 Propagandistisch wurde das Vorgehen den Ländern als Politik der Geldexpansion zur Etablierung autonomer Wirtschaftspolitik nahe gebracht. Dies war zum Teil erfolgreich, weil viele Länder darunter gelitten hatten, daß ihre Regierungen sich in der Weltwirtschaftskrise für eine restriktive Geldpolitik entschieden hatten, die zumeist krisenverschärfend wirkte. Es handelte sich nun aber nicht um eine vorteilhafte Währungspolitik für das besetzte Land, sondern um eine Kreditexpansion zum ausschließlichen Vorteil Deutschlands.

besetzte Land keine realen Gegenwerte, sondern positive Clearingsalden. Da die Notenbanken die einheimischen Exporteure bezahlen mußten, stieg zwangsläufig die umlaufende Geldmenge. Aus dem Zusammenspiel von steigendem Geldumlauf und abnehmender Warenmenge mußten sich zwangsläufig inflationäre Tendenzen ergeben. Ein ständiger Preisanstieg, der von den deutschen Experten begrüßt wurde, war die Folge. In Deutschland hatte das Vorgehen hingegen antiinflationäre Wirkungen. Die nur mühsam kontrollierte Inflation konnte durch den Warenzufluß aus dem Ausland, für den keine gleichwertigen Gegenleistungen erbracht wurden, abgefedert werden. Es gelang, die Inflation über das Clearing-Verfahren in die besetzten Gebiete abzuschieben. Man kann von einer Art legalisierter oder indirekter Plünderung sprechen, insbesondere wenn man weiß, daß viele deutsche Stellen davon ausgingen, die Guthaben im Falle eines siegreichen Krieges als zusätzliche Besatzungskosten zu deklarieren. Die negativen Auswirkungen zeigten sich in den dem deutschen Zugriff ausgesetzten Ländern zum Teil sehr rasch. Norwegen geriet schon 1940 an den Rand einer nicht mehr zu kontrollierenden Inflation, die nur durch die Begrenzung der hohen Wehrmachtsforderungen verhindert werden konnte.¹⁰¹ In Griechenland kam es nach einem Jahr deutscher Besatzung zu einer Inflation, die das gesamte Preissystem sprengte und dazu führte, daß es praktisch nur noch möglich war, auf dem Schwarzmarkt einzukaufen.¹⁰² In Ungarn breitete sich bereits ein halbes Jahr nach der Besetzung durch die Wehrmacht eine Inflation aus, die nach Kriegsende in einer Hyperinflation ungeahnten Ausmaßes mündete.¹⁰³

Für die deutsche Kriegswirtschaft waren die Zuflüsse aus den anderen europäischen Ländern von hoher Bedeutung. Auf dem Weg des Clearings gelang es Deutschland bis Kriegsende zwischen 30 und 42 Milliarden Reichsmark aus anderen Ländern als Kredit zu erhalten.¹⁰⁴ Laut Willi A. Boelcke stammten davon 74 Prozent aus den

101 Vgl. Alan S. Milward, *The Fascist Economy in Norway*, Oxford 1972, S. 92-100.

102 Vgl. Hans Umbreit, *Die deutsche Herrschaft in den besetzten Gebieten 1942-1945*, in: *Das Deutsche Reich und der Zweite Weltkrieg*; Bd. 5: *Organisation und Mobilisierung des deutschen Machtbereichs. Zweiter Halbband: Kriegsverwaltung, Wirtschaft und personelle Ressourcen 1942-1944/45*, Stuttgart 1999, S. 4-272, hier: S. 207.

103 Vgl. Götz Aly/Christian Gerlach, *Das letzte Kapitel. Der Mord an den ungarischen Juden*, Hamburg 2002. Bemerkt werden muß, daß es nicht im deutschen Interesse lag, wenn es zur Hyperinflation kam. Die deutschen Finanzexperten waren vielmehr bemüht die Belastungsgrenzen der besetzten Gebieten genau auszutarieren und den Abfluß der Werte nur bis zu dieser Grenze zu betreiben, denn eine Hyperinflation erschwerte eine geregelte Besatzungs- und Ausbeutungspolitik erheblich.

104 Boelcke und später Höpfner schätzen die deutsche Clearing-Verschuldung bei Kriegsende auf 30,7 Milliarden Reichsmark. Das Standardwerk der DDR-Geschichtsschreibung kam hingegen sogar auf 42 Milliarden, die über das Clearing von den anderen Ländern als Kredite genutzt werden konnten. Eine neuere Studie beziffert die deutsche Clearingverschuldung gegenüber elf untersuchten Ländern schon im Juli 1944 auf mehr als 32 Milliarden Reichsmark. Vgl. Willi A. Boelcke, *Die Kosten von Hitlers Krieg. Kriegsfinanzierung und finanzielles Kriegserbe in Deutschland 1933-1948*, Paderborn 1985, S. 109; Bernd Höpfner, *Clearingdefizite im Großwirtschaftsraum – Der Verrechnungsverkehr des Dritten Reiches 1939-1945*,

besetzten Gebieten, 22 Prozent von verbündeten Staaten und 4 Prozent von neutralen Staaten.¹⁰⁵ Bei geschätzten Kriegsausgaben von knapp unter 800 Milliarden Reichsmark wurden damit über den Clearingmechanismus etwa 5 Prozent der deutschen Kriegsausgaben finanziert. Als eine weitere Vergleichsgröße, die den Umfang der Zwangskredite veranschaulicht, sei der gesamte deutsche Staatshaushalt im Haushaltsjahr 1938/39 genannt, der ein Budget von 31,8 Milliarden Reichsmark umfaßte.¹⁰⁶ Das heißt, daß die europäischen Länder, die von Deutschland besetzt oder abhängig waren über den Clearingverkehr zwangsweise einen Kredit in Höhe des gesamten letzten deutschen Vorkriegshaushalt gaben.

Neben den ausführlich beschriebenen gesamtwirtschaftlichen Planungen gab es auch eine privatwirtschaftliche Seite der Neuordnungsplanungen, die maßgeblich von den Großkonzernen und den Reichsgruppen vorangetrieben wurde.¹⁰⁷ Insgesamt war es das Ziel der staatlichen und privatwirtschaftlichen Neuordnungsplanung, die in der Abteilung Vo des Reichswirtschaftsministerium in enger Zusammenarbeit mit der Reichsgruppe Industrie und den großen deutschen Konzernen koordiniert wurde, eine hierarchisch-rassistische Arbeitsteilung im europäischen Großraum um das deutsche Akkumulationszentrum entstehen zu lassen. Faßt man die gedachte hierarchische Struktur schematisch zusammen, ergibt sich folgende Einteilung: Dem Lebensstandard der deutschen Metropole am nächsten kommen sollte 1) Westeuropa, das als Nebeninvestitionszentrum der deutschen Industrie gedacht war, dem folgten 2) Skandinavien und das Protektorat als Zulieferländer insbesondere für Energie und veredelte Rohstoffe und 3) schließlich die Länder Südosteuropas, denen höchstens eine Basisindustrie zur eigenen Versorgung zugestanden werden sollte. Ihre Hauptaufgabe bestand in der Lieferung von Rohstoffen und Agrarprodukten für den deutschen Großraum. Am Ende der Skala stand 4) das Generalgouvernement – und später die eroberten Gebiete der Sowjetunion – das als gänzlich de-industrialisiertes Land Arbeitssklaven und Rohstoffe für den Großraum liefern sollte.¹⁰⁸ Die geplanten

in: *Bankhistorisches Archiv 2* (1988), S. 116-138, hier: S. 138; *Deutschland im Zweiten Weltkrieg*, hrsg. v. einem Autorenkollektiv unter Leitung von Wolfgang Schumann; Bd. 6: *Die Zerschlagung des Hitlerfaschismus und die Befreiung des deutschen Volkes* (Juni 1944 bis zum 8. Mai 1945), Berlin (Ost) 1985, S. 399; Werner Röhr, *Forschungsprobleme zur deutschen Okkupationspolitik im Spiegel der Reihe »Europa unterm Hakenkreuz«*, in: ders.: (Hg.), *Europa unterm Hakenkreuz*; Bd. 8: *Analysen Quellen Register*, Heidelberg 1996, S. 25-343, hier: S. 229.

105 Boelcke, *Kosten* (wie Anm. 104), S. 114.

106 Vgl. Karl Heinrich Hansmeyer/Rolf Caesar, *Kriegswirtschaft und Inflation (1936-1948)*, in: *Deutsche Bundesbank* (Hg.), *Währung und Wirtschaft in Deutschland 1876-1975*, Frankfurt am Main 1975, S. 367-429, hier: S. 400.

107 Im Gegensatz zur währungspolitischen Seite der Planungen gibt es zur privatwirtschaftlichen eine Anzahl von Publikationen. Vgl. zum Beispiel die genannten Werke von Eichholtz und Schumann (wie Anm. 5).

108 Die skizzierte Struktur ist notwendigerweise schematisch und war innerhalb der deutschen Planungseliten keineswegs unumstritten. So versuchte zum Beispiel Generalgouverneur Hans Frank eine Politik durchzusetzen, die einen Entwicklungsplan beinhaltete und das Generalgouvernement auf eine Stufe mit den südosteuropäischen Ländern gestellt hätte.

Strukturen sollten durch den Aufbau eines Währungs- und Zahlungssystems sowie die weitreichende Beteiligung der deutschen Wirtschaft an den Industriekonzernen der europäischen Länder so weitgehend in die anderen Länder eingeschrieben werden, daß eine Lösung aus der Struktur nur um den Preis einer Wirtschaftskrise oder besser noch des wirtschaftlichen Zusammenbruchs zu haben war. Doch aufgrund des Überfalls auf die Sowjetunion und insbesondere durch das Scheitern der deutschen Kriegsplanungen im Winter 1941/42 wurden die langfristigen Ziele hinter das Erfordernis zurückgestellt, kurzfristig so viele Ressourcen wie möglich zu mobilisieren. Von daher gelang es nicht, die Strukturen über das Kriegsende hinaus in die Länder einzuschreiben und das Ende der Wehrmacht bedeutete auch das (vorläufige?) Ende einer europäischen Großraumwirtschaft unter deutscher Hegemonie.

7. Schluß

Abschließend soll eine Einteilung der Interessenskonstellationen bei der währungspolitischen Neuordnungsplanung gezeichnet und eine Einordnung in die politische Gesamtsituation vorgenommen werden. Anhand der Diskussion im Sommer 1940 zu Fragen der Währung lassen sich drei unterschiedliche Positionen im Behördenapparat unterscheiden: 1) Die Vierjahresplanbehörde stand für eine Position des direkten Raubkapitalismus. Ziel war es, möglichst schnell und umfassend den Zugriff auf die Industrien der eroberten Gebiete sicherzustellen. Es sollten weder größere Rücksichten auf die Legalität des Vorgehens noch auf die Bedürfnisse der Wirtschaft in den besetzten Ländern genommen werden. Hierfür schien der Vierjahresplanbehörde die schnelle Einführung der Reichsmark in den besetzten Ländern der beste Weg zu sein. 2) Das Reichswirtschaftsministerium und die Reichsbank vertraten hingegen eine Position, die einen langsamen und legalen Ressourcenabfluß aus den besetzten Gebieten nach Deutschland gewährleistete. Die Nachteile der Politik sollten vor allem von besetzten Staaten und deren Bevölkerung getragen werden. Die industriellen Kreise sollten zwar nicht als gleichberechtigte Partner behandelt, aber ihnen auch nicht der Besitz mit Gewalt genommen werden. Falls es sich um Produzenten kriegswichtiger Waren handelte, sollten ihnen auch Gewinne zugestanden werden. 3) Das Auswärtige Amt vertrat dagegen eine auf liberalen Wirtschaftstheorien basierende Position. Die schützenden Zoll- und Währungsgrenzen sollten fallen und die Wirtschaften der Länder in einen direkten Wettkampf mit der deutschen Wirtschaft treten. Die Besitzverhältnisse sollten nicht durch Zwang sondern durch wirtschaftliche Entwicklungen verändert werden. Das Auswärtige Amt ging davon aus, daß sich die deutschen Firmen weitgehend durchsetzen würden.¹⁰⁹ Entscheidend für die Durchsetzung der

Eine ähnliche Einteilung, wie die vorgenommene findet sich bei: Karl Heinz Roth, Vernichtung (wie Anm. 3), S. 13 f. Vgl. des weiteren Christoph Buchheim, Die besetzten Länder im Dienste der deutschen Kriegswirtschaft im Zweiten Weltkriegs. Ein Bericht der Forschungsstelle für Wehrwirtschaft, in: Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte 34 (1986), S. 117-145.

109 Eine ähnliche Dreiteilung sieht Stephan Lindner bei der Frage nach dem Umgang mit den feindlichen Vermögen in den besetzten Gebieten 1940. Vgl. Stephan Lindner, Das Reichs-

Linie von Reichswirtschaftsministerium und Reichsbank war, daß die Vierjahresplanbehörde letztlich bereit war, deren Vorgehen als vorteilhaft anzuerkennen¹¹⁰ und das Auswärtige Amt mit seinem alternativen Vorzeigeprojekt in Dänemark scheiterte.

Propagandistisch und strategisch war die Entscheidung in vielerlei Hinsicht vorteilhaft. Sie paßte in eine Zeit, in der die deutsche Führung noch auf einen Friedensschluß mit England und auf Frieden in West- und Mitteleuropa hoffte, denn der Funk-Plan ließ sich als Plan für eine friedliche, engere wirtschaftliche Zusammenarbeit in Europa verkaufen. Er besaß des weiteren den Vorteil, daß er kursierende Vorbehalte gegen das liberale Wirtschafts- und Goldwährungssystem aufgriff und statt dessen ein Zahlungssystem einführen wollte, das nicht wenigen Wirtschaftsfachleuten als System der Zukunft galt. So fand der Plan bei vielen Fachleuten auch in den besetzten Gebieten Zustimmung. Zudem wurde der Plan von den industriellen Eliten der besetzten Länder favorisiert, weil sie bei einer Währungsunion direkter den Angriffen der deutschen Konkurrenz ausgesetzt gewesen wären. Propagandistisch war der Plan des weiteren ein Erfolg, weil England sich durch ihn erheblich unter Druck gesetzt fühlte. So antwortete beispielsweise Keynes dem Staatssekretär im britischen Informationsministerium, daß es nicht vorteilhaft sei, die deutschen Plänen mit einem Loblied auf den alten Goldstandard zu beantworten:

»Your Department think that they are making a good joke at Funk's expense by saying 'gold will have no place in this brave new world' [...] Well, obviously I am not the man to preach the beauties and merits of the pre-war gold standard. In my opinion about three-quarters of the passage quoted from the German broadcasts would be quite excellent if the name Great Britain were substituted for Germany or the Axis, as the case may be. If Funk's plan is taken at its face value, it is excellent and just what we ourselves ought to be thinking of doing. If it is to be attacked, the way to do it would be to cast doubt and suspicion on its *bona fides*.«¹¹¹

Keynes behielt recht, an der *bona fide* der deutschen Pläne zu zweifeln. Für Deutschland bestand ein weiterer großer Pluspunkt des Funk-Plans darin, daß er nicht nur

kommisariat für die Behandlung feindlichen Vermögens im Zweiten Weltkrieg. Eine Studie zur Verwaltungs-, Rechts- und Wirtschaftsgeschichte des nationalsozialistischen Deutschlands, Stuttgart 1991, S. 46.

110 Ich gehe davon aus, daß die aufgeführten Behördenpositionen mit wirtschaftlichen Interessengruppen abgestimmt wurden. Für die Frage des währungspolitischen Vorgehens läßt sich die Konstellation aber nur sehr schwer nachweisen, weil kaum Dokumente zur Einstellung der Wirtschaftsvertreter zu dieser Frage vorliegen. Angemerkt sei, daß der entscheidende Mann der Dresdner Bank, der Aufsichtsratsvorsitzende Carl Friedrich Goetz, der ansonsten die Politik der Vierjahresplanbehörde favorisierte und dort über beste Verbindungen verfügte, in dieser Frage schon im Mai 1940 die (spätere) Position des Reichswirtschaftsministeriums und der Reichsbank unterstützte. Es ist zu vermuten, daß Goetz von daher nicht unwichtig bei der Entscheidung der Vierjahresplanbehörde war, auf diese Politik zu setzen; nachweisen läßt sich dies jedoch bis jetzt nicht.

111 Brief John Maynard Keynes an Harold Nicolson v. 20.11.1940, in: Moggridge, Keynes (wie Anm. 1), S. 1-3, hier: S. 2. Hervorhebung im Original.

für den Aufbau einer friedlichen wirtschaftlichen Zusammenarbeit vorteilhaft war, sondern auch zum Vorteil Deutschlands im weiteren Verlauf des Krieges genutzt werden konnte. Er ermöglichte es, Waren für die deutsche Kriegswirtschaft aus den besetzten Gebieten zu bekommen, ohne sie bezahlen zu müssen. Inflationäre Tendenzen konnten so zum Teil aus Deutschland in die besetzten Gebiete abgeschoben werden. Des weiteren war es hilfreich, daß die negativen Auswirkungen zumeist nur schrittweise in den besetzten Gebieten sichtbar wurden und vor allem zum Schaden der einfachen Bevölkerung waren. Deswegen erwiesen sich die Maßnahmen als besser durchsetzbar als die Durchdringungsstrategien der deutschen Privatwirtschaft, die sofort auf den erbitterten Widerstand der machtvollen Industrieelementen der besetzten Länder trafen. Die genannten Vorteile machten das Währungs- und Zahlungssystem zum Herzstück der nationalsozialistischen »Neuen Ordnung«.

Die Europapläne Carl Goerdelers Neuordnungsvorstellungen im nationalkonservativen Widerstand zwischen territorialer Revision und europäischer Integration

1. Einleitung

Bei der Suche nach den Wurzeln der Europäischen Gemeinschaft kann auf längere ideengeschichtliche Traditionen verwiesen werden, etwa die europäische Idee als Friedensidee, wie sie schon bei Kant auftaucht, oder die ökonomisch fundierte Mittel-europa-Idee seit Friedrich List. Der tatsächliche europäische Einigungsprozeß im 20. Jahrhundert griff teilweise auf diese Traditionslinien zurück, wurde jedoch entscheidend angestoßen von der ökonomischen und politischen Entwicklung der Zwischenkriegszeit und des Zweiten Weltkriegs. Konkrete Vorläufer der Europäischen Union mit zum Teil detaillierten Planungen finden sich in fast allen Plänen europäischer Widerstandsgruppen unter der NS-Herrschaft.¹ In der bundesdeutschen Politik war die Suche nach positiven Kontinuitätslinien nach dem Terrorregime des Nationalsozialismus kein leichtes Unterfangen; es wurde in der unmittelbaren Nachkriegszeit häufig dadurch gelöst, daß Schriften von Protagonisten des deutschen bürgerlichen Widerstands gegen Hitler bemüht wurden, um auf liberale und demokratische Kontinuitäten zu verweisen. Auf der Grundlage der Totalitarismustheorie wurde dem als monolithischen Machtblock interpretierten NS-Regime das Bild des »Anderen Deutschland« in der Form der Oppositionsbewegung gegen Hitler gegenübergestellt.²

1 Vgl. Hartmut Kaelble, *Europabewußtsein, Gesellschaft und Geschichte. Forschungsstand und Forschungschancen*, in: Rainer Hudemann/Hartmut Kaelble/Klaus Schwabe (Hg.), *Europa im Blick der Historiker. Europäische Integration im 20. Jahrhundert. Bewußtsein und Institutionen*, München 1995, S. 1-29; Werner Abelshauser, »Mitteleuropa« und die deutsche Außenwirtschaftspolitik, in: Christoph Buchheim/Michael Hutter/Harold James (Hg.), *Zerrissene Zwischenkriegszeit. Wirtschaftshistorische Beiträge. Knut Borchardt zum 65. Geburtstag*, Baden-Baden 1994, S. 263-286; Walter Lippens (Hg.), *Europa-Föderationspläne der Widerstandsbewegungen 1940-1945*, München 1968.

2 Dies galt insbesondere für innenpolitische Neuordnungsvorstellungen, jedoch auch für die außenpolitischen Pläne der Verschwörer, soweit sie zu der Zeit schon bekannt waren. Exemplarisch Hans Rothfels, *Deutsche Opposition gegen Hitler*, Frankfurt am Main 1958 (Erstausg. 1948); Rudolf Pechel, *Deutscher Widerstand*, Zürich 1947; Eberhard Zeller, *Geist der Freiheit. Der Zwanzigste Juli*, München 1952. Zur Historiographie der Widerstandsforschung vgl. Gerd R. Ueberschär (Hg.), *Der 20. Juli 1944. Bewertung und Rezeption des deutschen Widerstandes gegen das NS-Regime*, Köln 1994; Ulrich Heinemann, *Arbeit am Mythos. Neuere Literatur zum bürgerlich-aristokratischen Widerstand gegen Hitler und zum 20. Juli 1944 (Teil I)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 21 (1995), S. 111-139; Ulrich Heinemann/Michael Krüger-Charlé, *Arbeit am Mythos. Der 20. Juli 1944 in Publizistik und wissenschaftlicher Literatur des Jubiläumsjahres 1994 (Teil II)*, in: *Geschichte und Gesellschaft* 23 (1997), S. 475-501.